

Nach den Landtagswahlen 2014:

»Degrowth« bei der Linken

Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke?

1. Wo steht Die Linke? - Statt einer Zusammenfassung	1
2. Die Wahlergebnisse im Vergleich	5
2.1. Die Entwicklung der Stimmenanteile im Vergleich	5
2.2. Die Entwicklung der absoluten Stimmenzahl bei Wahlen 2004 – 2014	7
2.3. Wahlbeteiligung und Verankerung in der Bevölkerung	8
2.4. Kleines Zwischenfazit	10
3. Wählerwanderungen	11
3.1. Der Austausch mit den anderen Parteien	12
3.1.1. Die Wanderungssalden	12
3.1.2. Der Wanderungsumfang	13
3.2. Wahlenthaltung	14
3.3. Der »demografische« Faktor	15
3.4. Abwanderung zur AfD	17
3.5. Zwischenfazit Wählerwanderungsbilanzen	18
4. Auf dem Weg zur (ostdeutschen) »Seniorenpartei«?	19
4.1. Entwicklung der Zustimmung in den Altersgruppen	20
4.2. Zusammensetzung der Wählerschaft nach Alter	22
4.3. »Generationenfrage« und Arbeitswelt	23
4.4. Blockaden	24

1. Wo Die Linke steht - statt einer Zusammenfassung

Dieser Text beschäftigt sich mit möglichen gemeinsamen »Trends« in den jüngsten Wahlergebnisse für die Linke und nicht mit der Analyse des jeweiligen Wahlergebnisses der jüngsten Landtagswahl in Sachsen, Thüringen und Brandenburg¹. Auf die Parteikonstellationen in den drei Ländern, auf die insgesamt positive Stimmungslage in der Bevölkerung, auf die Rolle von Regierungs- und Oppositionsarbeit und andere Aspekte einer Wahlanalyse wird nicht speziell eingegangen. Hierzu wurde an anderer Stelle bereits berichtete und analysiert.² Gegenstand der Betrachtung ist auch allein das Abschneiden der Partei Die Linke. Die Fragestellung zielt auf die längerfristigen Tendenzen, die in den Wahlergebnissen hervortreten und die Partei vor Fragen stellen, die zeitlich über aktuelle Fragen der Regierungsarbeit, der Koalitionsbildung und der Oppositionspolitik hinausreichen. So wichtig z.B. ei-

¹ Vgl. hierzu die Wahlrechtberichte auf <http://www.rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen/2379/298.html>

² Vgl. z.B. den Text „Stillstand vor Weichenstellungen“ von Anfang Juli hier: <http://www.horstkahrs.de/2014/07/08/stillstand-vor-weichenstellungen/> und den Wahlrechtbericht zur Wahl in Sachsen hier: <http://www.horstkahrs.de/2014/09/01/die-wahl-zum-6-saechsischen-landtag-am-31-august-2014/>

ne kritische Auseinandersetzung mit der Brandenburger Regierungsarbeit ist, wenn die Auseinandersetzung mit dem Wahlergebnis darauf beschränkt würde – auf die Rolle und Chancen als kleinere Regierungspartei – dann ginge sie an der eigentlichen Dramatik vorbei, die sich darin spiegelt, dass die Partei in zwei ostdeutschen Landesverbänden bei Landtagswahlen erstmals wieder, und zwar deutlich, unter der 20%-Marke gelandet ist.

Spätestens seit der Niederlage bei der Landtagswahl 2011 in Nordrhein-Westfalen ist die Partei Die Linke bekanntlich mit dem Ende ihres Gründungsbooms von 2005-2007 konfrontiert. Das ist eine Frage der parteiinternen Erkenntnis. Und das ist eine Frage der öffentlichen Wahrnehmung, der medialen wie derjenigen in den Alltags- und Lebenswelten, wird die Partei als aufsteigend oder absteigend wahrgenommen, als Partei, die ihre Ziele erreichen will und kann usw. Mit den Ergebnissen der jüngsten Landtagswahlen hat sich die damit verbundene Frage, die den Wählerinnen und Wählern beantwortet werden muss, nochmals zugespitzt: Wie erklärt die Partei sich, ihren Wählerinnen und Wählern und allen gutwillig Interessierten, wie sie ihr Programmziel, eine andere Gesellschaft, eine demokratisch-sozialistische Politik und Gesellschaftsordnung verwirklichen will? Wo doch der Weg dahin offensichtlich kein Selbstläufer ist, etwa im Sinne einer stetig wachsenden Zustimmung bei Wahlen. Im Gegenteil, man blickt jetzt auf über vier Jahre zurück, in denen der Balken am Wahlabend meistens erkennbar nach unten »wuchs«, wo der Kreis derjenigen, die dieses Ziel teilen, kleiner statt größer geworden ist.

»Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.«³

Die Frage nach dem demokratischen Sozialismus als politischem Ziel ist keine unangemessene Frage. Sie steht erstens für die politische Existenzberechtigung der Partei als linkssozialistische Partei neben der Sozialdemokratie. Sie steht zweitens stellvertretend für die Frage, wie die Partei ihre programmatischen Ziele und Wahlversprechen einlösen will, wie sie zeigen kann und will, dass sie sich nicht Selbstzweck ist, dass ihr Handeln nicht von der »Logik der Organisation« allein geprägt ist.

- Die Sammlung der Stimmen der Unzufriedenen ist 2009 an ihr Ende gekommen. Seit dem gab es bei keiner Wahl einen vergleichbar einseitigen Abfluss von Wählern von der SPD zur Linke. Vielmehr gab es Rückwanderungen und teilweise lebhaftere, sich in der Summe neutralisierende Hin- und Her-Bewegungen wie zuletzt in Sachsen. Die SPD hat in Sachsen Kompetenz für soziale Gerechtigkeit in den Augen vieler zuvor enttäuschter Wähler_innen wieder Boden gut gemacht.
- Den langanhaltenden Trend zur Wahlenthaltung insbesondere bei Wählerinnen und Wählern aus der sozialen Unterschicht und den unteren Mittelschichten konnte die Linke nicht entscheidend stoppen, unter den Wahlenthältern konnte kein Stimmenzuwachs mobilisiert werden.
- So sieht sich die Partei, im Bund wie aktuell nach den Wahlergebnissen in den drei Ländern, mit der politischen Gemengelage konfrontiert, dass erstens die eigenen absoluten Stimmzahlen nicht weiter wachsen, sondern abnehmen, und dass zweitens auch die Stimmen für die potentiellen Partner weniger werden statt mehr. Eine Mehrheit für linksreformistische Politik, also für eine rot-rot-grüne Koalition, ist in den vergangenen Jahren, jenseits der politischen Möglichkeiten, allein schon durch die schwindenden Stimmen für die drei Parteien in weitere Ferne gerückt. Stimmmehrheiten gibt es noch in einzelnen Ländern, aber auch dort nur noch bei Wähler_innen im Alter von über 50 Jahren. Die Chancen, über Kompromisse in politischen Bündnissen den Zielen näher zu kommen, haben sich verschlechtert statt verbessert – und zwar unabhängig davon, ob die Partei aus der Regierung oder der Opposition heraus agierte und Wahlkampf führte. Allein die Aussicht, aus der Opposition heraus einen Ministerpräsidenten zu stellen, scheint dem zumindest in Beziehung auf die eigene Partei entgegen gewirkt zu haben.

³

Aus der Präambel des »Erfurter Programms« der Linkspartei von 2011.

- Seit dem Gründungszyklus der Linken sind an zwei gesellschaftlichen Bruchstellen neue Parteien entstanden. Zunächst an der Thematik Digitalisierung und Transparenz von Regierungshandeln die Piratenpartei, deren Höhenflug schnell wieder endete; und nun an der Thematik Globalisierung, kulturelle Identität und Sicherheit die »Alternative für Deutschland«. Ob aus ihr tatsächlich eine konstante landes- und bundespolitische Größe wird, wird sich erweisen. Fest steht, dass ihre bisherigen Erfolge und das Verschwinden der FDP dazu beigetragen haben, dass ein rot-rot(-grünes) Bündnis nur noch für die Linkspartei, nicht aber länger für die Grünen die einzige politische Option für Koalitionsbildungen ist. Das verbessert eine Verhandlungsposition nicht.
- Mit den Erfolgen der AfD 2013/2014 ist offenbar geworden, dass die gesellschaftliche Proteststimmung eher von rechts kommt und dass sie von jüngeren, mitten im Erwerbsleben stehenden Wählerinnen und Wählern getragen wird. Damit sind die Aussichten auf zukünftige politische Mehrheiten für eine linksreformistische Politik weiter getrübt. Konnte man bis etwa 2005 noch davon ausgehen, dass es eine strukturelle Mehrheit links von der Union gibt, deren politische Realisierung allein vom politischen Geschick der Parteien abhing, so deuten alle verfügbaren Indikatoren des Wahlverhaltens daraufhin, dass dies auf jeden Fall für die kommende Dekade nicht der Fall sein dürfte. Ein anhaltender Erfolg der AfD würde dazu beitragen, dass sich die CDU als »ewige« Regierungspartei mit wechselnden Partner (SPD, Grüne, ... AfD?) etablieren könnte. Damit wären auch die Aussichten, einen politischen Block gegen die Unions-Regentschaft und für eine sozialökologische Transformation zu bilden, mies. Die Fähigkeit zum politischen Agenda-Setting scheint absehbar »rechts« deutlich stärker als »links«.
- Mit den Aussichten auf linksreformistische Mehrheiten haben sich auch die Aussichten verschlechtert, durch permanente Opposition(spolitik) dem Ziel – siehe oben – näher zu kommen. Auch diese strategische Variante ist auf die politische Konjunkturlage angewiesen, ob die dazu angetan ist, von den Sozialdemokraten in der Regierung Stimmen abzuziehen. Wer »Opposition« und »Protest« will, nicht aber unbedingt »demokratischen Sozialismus« dazu, für den gibt es jetzt zudem rechts im Parteienspektrum etwas Neues. Auf permanente Opposition zu setzen, heißt gegenüber den Wähler_innen und Wählern nichts anderes, als darauf zu warten, dass wider aller Wahrscheinlichkeit die politische Macht doch mal herrenlos auf der Straße herum liegt – oder, wahrscheinlicher, führt am Ende auch »nur« zu einer Restauration sozialdemokratischer Politik. Dieser Umweg, die Re-Sozialdemokratisierung der SPD, dürfte aber nicht die Antwort auf die Frage nach der Verwirklichung des gesellschaftspolitischen Ziels sein, die die Mehrheit der Wähler_innen und Wähler der Partei erwartet.

Der Blick gerade auf die Wahlergebnisse bei den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland, wo die Linke über eine große Stammwählerschaft und Tradition als ostdeutsche Regionalpartei verfügt, zeigt die ganze Dramatik, mit der die Partei nach dem Agenda-2010-Zyklus konfrontiert ist. Der zwischenzeitliche Aufschwung, der Zufluss von neuen Wählern und Wählerinnen konnte nicht stabilisiert werden. Die Tendenz zur »Vergreisung der Wählerschaft« tritt wieder deutlich hervor, Wahlergebnisse unter der 20%-Marke könnten zukünftig Normalität werden. In der Altersgruppe der 45-59jährigen verläuft, eher bei den älteren Jahrgängen, die Scheidelinie, jenseits der überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden. Es waren in allen drei Ländern die über 60jährigen, die das Gesamtergebnis nach oben gezogen haben. Der Rückhalt bei den »Jüngeren« ist dagegen deutlich unterdurchschnittlich, wobei hierunter bereits alle unter 45jährigen zählen. Damit einher geht die relative Schwäche bei den Berufstätigen. Die Linke droht, so lässt sich zugespitzt formulieren, den Anschluss an die Arbeitswelt, an die dort stattfindenden Umwälzungen der Produktivkräfte (Stichwort Digitalisierung und Industrie 4.0), an den Alltag und das Alltagsbewusstsein »normaler« Berufstätiger, zu verpassen. Zur Lebenswelt zählt vor allem auch die Einbettung des Berufslebens in familiäre und nachbarschaftliche Zusammenhänge, der finanzielle und moralische Druck, der auf Familien übertragen wird – Kinderbetreuung, Bildung, entsprechende Ausgaben, Erwartungen an die Lebensführung usw. An den gesellschaftlichen und sozialen Bruchstellen, die mit der stattfindenden Umwälzung der ganzen Produktionsweise einhergehen, ist die Partei unzureichend gegenwärtig, und wo doch, dann eher in der Sprache politischer, parlamentarische Arbeitsteilung und Politikfelder und zu wenig in der Sprache

des Alltagsverstandes, dem es auf Arbeit und Einkommen, Gesundheit, Wohnen, »Familie« und Anerkennung ankommt, wozu aber eine Vielzahl von politischen Zuständigkeiten beizutragen hätten.

Aus der Sicht einer Analyse der jüngsten Wahlergebnisse, die auf mögliche Trends jenseits der aktuellen Konstellationen schaut, liegt es nahe festzuhalten, dass nicht der zu- oder abnehmende Rückhalt in dieser oder jener sozialen Statusgruppe oder Schicht das zentrale Problem der Zukunft der Linken ist, sondern die Verbindung zu den Lebens- und Erfahrungswelten der Jüngeren. Sie immerhin sind es, die die Träger einer linksreformistischen Politik oder sozialökologischen Transformation oder einer Politik des demokratischen Sozialismus sein werden, oder diese Politik wird nicht stattfinden.

Nur wenn erklärt werden kann, wie die Ziele verwirklicht werden können und sollen, gibt es einen argumentativen Boden, von dem aus Wahlenthalter, die gerade unter den unter 45jährigen überdurchschnittlich vorhanden sind, überzeugt werden können, dass Veränderung möglich ist und es auf sie dabei ankommt.

Beide Aspekte sind zugleich Voraussetzung, um den Trend zu strukturellen rechten Mehrheiten zu brechen. Dazu zählt dann drittens die Entwicklung eines Selbstverständnisses über eine politische Arbeitsteilung im Rahmen einer reformistischen politischen Mehrheit. Das Nullsummenspiel – zuletzt sogar mit negativer Tendenz – zwischen SPD, Grünen und Linkspartei muss beendet werden. Politische Arbeitsteilung heißt, unterschiedliche Stärken anzuerkennen und produktiv zu machen. Stärken werden auch gebildet durch das Ansehen, welches eine Partei in der Öffentlichkeit verdient, egal ob gerade zurecht oder zu unrecht. Schaut man auf die Images dieser drei Parteien, so hat man die SPD, die für Arbeitsplätze und Sozialstaat steht, die Grünen, die für Umweltpolitik stehen und die Linke, die für soziale Gerechtigkeit steht. So sagen es zumindest die Kompetenzzuweisungen. Was also wäre im Sinne einer politischen Gestaltungsmehrheit zu gewinnen, wenn die Linke als ökologischere Partei als die Grünen punkten wollte? Auf dieses fehlende Verständnis einer rot-rot-grünen Arbeitsteilung, welches zugleich ein zentrales Moment der Stärke von Angela Merkel sei, hat im Sommer Hans-Jürgen Urban hinwiesen und im Sinne der politischen Neuaufstellung für einen neuen politischen Zyklus der Linken die Entfaltung einer »demokratische Klassenpolitik« vorgeschlagen.⁴

Vor einer Diskussion darüber, was »demokratische Klassenpolitik« bedeuten und erfordern würde, steht die Frage, ob die Einschätzung, dass die Linkspartei auf mittlere und längere Sicht vor einer dramatischen Entwicklung steht, geteilt wird und dass die Wahlergebnisse zeigen, dass die bisherigen Versuche der Gegensteuerung wenig – dazu mehr in den folgenden Kapiteln – erfolgreich waren. Die folgenden Kapitel sollen diese Einschätzung empirisch begründen und illustrieren. Die Einschätzung selbst ist ja nicht neu, wie das vor einigen Jahren mit Blick auf die Altersstruktur der Mitglieder begonnene Projekt „Linke 2020“ belegt. Es scheint nur so zu sein, dass die Partei in ihrer Wählerbasis an einem Kipppunkt steht, an dem Vieles ins Rutschen kommen kann. Oder schon in der nächsten Kurve der demografisch bedingten Abwärtsspirale?

4

Hans-Jürgen Urban: Stillstand im Merkel-Land. Wo bleibt die Mosaik-Linke?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 59. Jg., Heft 7/2014, S. 73-82.

2. Die drei Wahlergebnisse im Vergleich

Die drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg fanden im Abstand von nur zwei Wochen ein knappes Jahr nach der Bundestagswahl statt. Dazwischen wurden Ende Mai Vertreter für das Europäische Parlament und die kommunalen Parlamente gewählt. Die zeitliche Dichte dieser Wahlen bildet einen günstigen Rahmen, um die Landesergebnisse und ihre innere Struktur miteinander zu vergleichen, also nach möglichen Trends zu fragen, die sich trotz der ungleichen Ausgangskonstellationen der drei Landesverbände und ihrer Wahlkämpfe für die Linke (in Ostdeutschland) insgesamt festhalten lassen.

In mehreren Schritten – Stimmenanteile, absolute Stimmen und Verankerung unter den Wahlberechtigten – werden die aktuellen Ergebnisse im Zusammenhang mit den Wahlen in den vergangenen zehn Jahren betrachtet. Ausgangspunkt sind die Landtagswahlen 2004 und die Wahl zum Europäischen Parlament 2004. Diese Wahlen können als Wendepunkte in der Geschichte (der ostdeutschen) Linken betrachtet werden: Die 2002 bis auf zwei direkt gewählte Abgeordnete aus Berlin aus dem Bundestag gewählte PDS meldete sich mit achtbaren Ergebnissen als potentiell bundespolitisch bedeutsame Partei vor dem Hintergrund der neoliberalen Wende in der rotgrünen Sozialstaatspolitik zurück und feierte 2009 ihren größten Wahlerfolg.

Mit der Bundestagswahl 2013 wurde dieser politische Zyklus endgültig der jüngeren politischen Geschichte übergeben. Mit der Alternative für Deutschland war eine neue Parteiformation entstanden, mit der FDP eine alte aus dem Parlament verschwunden. Die Wahl 2013 war bereits Ausdruck von politischen Bruchlinien, die deutlich *nach* 2009 entstanden waren, und der daraus gespeisten Bereitschaft der Wähler_innen, die Parteienlandschaft erneut neu zu ordnen. Mit diesem Wahlergebnis erwies sich, wo die neue Partei Die Linke am Ende ihrer Gründungsgeschichte stand, wie sie die Krise der sozialdemokratischen Politik nicht nur spontan nutzen, sondern in über die Krise hinweisende stabile Bindungen zu Wählerschichten transformieren konnte. Die anschließenden Wahlen in 2014 fanden bereits in diesem neu konturierten politischen Handlungsfeld und damit unter deutlich anderen Bedingungen als die Landtagswahlen 2009 statt. Sie wären dann (auch) im Verhältnis zum Ergebnis von 2013 zu betrachten und nicht (nur) vor dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen 2009. Auf die im Bezug auf 2009 liegende politische Abstraktionsleistung, die ihnen am Wahlabend durch die Balkendiagramme gerne unterstellt wird, verzichten die Wählenden oft gerne und zurecht. Ihre Wahrnehmung einer Partei ist eine immer aktuelle und dynamische Wahrnehmung, in der sich bundespolitische, landespolitische und lokale Ereignisse und Berichte zu einem Gesamtbild verdichten, in dem dann wiederum durchaus unterschieden werden kann, ob man – zum Beispiel – den Wahlgang im Land für wichtig hält und ob man der Partei dort die gleiche Rolle zu billigt wie im Bund.

Deshalb werden die aktuellen Wahlergebnisse im Kontext der Ergebnisse in Thüringen, Sachsen und Brandenburg seit 2013 betrachtet, unterstellend, dass die Landespartei und die Landespolitik nicht jenseits der politischen Brüche in der Bundespolitik agieren. Eine zweite Bezugslinie sind dann die Landtagswahlen 2004, um Antworten auf die Frage zu finden, wie die aktuelle Ergebnisse vor dem Höhenflug der Partei 2005-2009 zu bewerten sind: Steht sie 2014 stärker dar als 2004, haben sich die Bedingungen, linke Politik durchzusetzen, in den drei Ländern verbessert?

2.1. Die Entwicklung der Stimmenanteile im Vergleich

Die Anteile an den gültigen Stimmen spiegeln die Stärke einer Partei im Verhältnis zu anderen Par-

Die Linke: Stimmenanteile bei Wahlen seit 2013 in %				
	BTW 2013	EP 2014	KW 2014	LTW 2014
Sachsen	20,0%	18,3%	18,4%	18,9%
Thüringen	23,4%	22,5%	21,9%	28,2%
Brandenburg	22,4%	19,7%	20,2%	18,6%

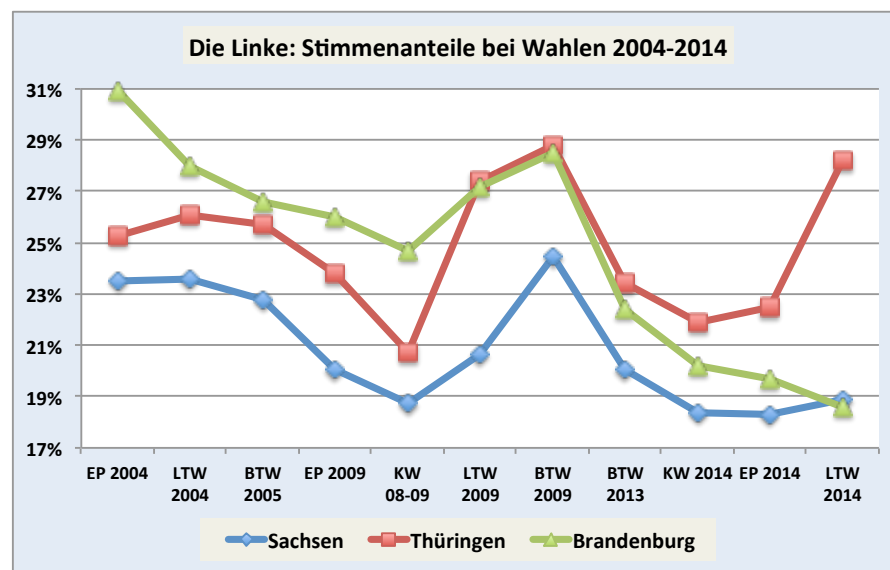
teien. Diese Stimmenanteile enthalten allein nur unzureichende Auskünfte über die Verankerung einer Partei in der Bevölkerung. Hierzu muss auch die absolute Stimmenzahl und die Wahlbeteiligung betrachtet werden.

Beim Blick auf die Stimmenanteile der letzten vier Wahlen, wobei die Wahlen zum Europäischen Parlament und den kommunalen Parlament am gleichen Tag stattfanden, fällt zunächst der Anstieg der Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Thüringen gegenüber den vorherigen Wahlen auf. In Sachsen sind die Ergebnisse 2014 auf den drei unterschiedlichen institutionellen Ebenen auf den ersten Blick stabil, in Brandenburg zeigt sich eine gegenüber den Wahlen im Mai negative Tendenz bei den Landtagswahlen bzw. umgekehrt eine relative Stärke auf der kommunalen Ebene. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen stellt eher Thüringen die Ausnahme dar (und nicht Brandenburg mit seinen Verlusten von 8,6 Prozentpunkten gegenüber der letzten Landtagswahl). Die zumindest innerparteilich bedeutsame Zahl ist hier die „eins“ bei Sachsen und Brandenburg: erstmals seit zwanzig Jahren liegt die Partei bei mehreren Wahlen hintereinander in zwei Landesverbänden unter der innerparteilich und psychologisch bedeutsamen 20%-Marke.

Betrachtet man die jüngsten Ergebnisse im Zusammenhang aller Wahlergebnisse seit der Wahl zum Europäischen Parlament 2004, so wird eine hohe Symbolkraft der jüngsten Ergebnisse deutlich. Bei der Zusammenstellung ist zu beachten, dass die Kommunalwahlergebnisse in der Spalte „KW 08-09“ in Sachsen und Brandenburg 2008, in Thüringen 2009 erzielt wurden und dass die Landtagswahl 2009 in Sachsen und Thüringen vier Wochen vor der Bundestagswahl stattfand, in Brandenburg zeitgleich mit der Bundestagswahl 2009 und damit verbunden mit einer höheren Wahlbeteiligung und höheren Mobilisierung von linken Landtagswähler_innen als normal. Das Ergebnis für die Landtagswahl lag unter demjenigen für die Bundestagswahl in Brandenburg. Schließlich: das Wahlergebnis bei der Europa-Wahl 2009 in Brandenburg kam bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 26,9% (2009: 29,9%) zustande.

Die Linke: Stimmenanteile bei unterschiedlichen Wahlen seit 2004											
	EP 2004	LTW 2004	BTW 2005	EP 2009	KW 08-09	LTW 2009	BTW 2009	BTW 2013	KW 2014	EP 2014	LTW 2014
Sachsen	23,5%	23,6%	22,8%	20,1%	18,7%	20,6%	24,5%	20,0%	18,4%	18,3%	18,9%
Thüringen	25,3%	26,1%	25,7%	23,8%	20,7%	27,4%	28,8%	23,4%	21,9%	22,5%	28,2%
Brandenburg	30,9%	28,0%	26,6%	26,0%	24,7%	27,2%	28,5%	22,4%	20,2%	19,7%	18,6%

Die Zahlen und ihre Darstellung im Schaubild zeigen für alle drei Landesverbände, dass die Ergebnisse im Spätsommer 2009 ein Ausnahmeereignis waren. Oder anders ausgedrückt: die 2009 errungene Stärke konnte in keinem der drei Landesverbände stabilisiert werden (wie auch nicht auf Bundesebene oder in anderen Landesverbänden). Das Ergebnis von 2013 lag sogar unter dem von 2005. In allen drei Ländern machte die Wahlbevölkerung sich ein ähnliches Bild von der Linken, dass durch



abnehmenden Einfluss und Rückhalt geprägt war.

Eine wichtige Ausnahme stellt die Stärke des Thüringer Landesverbandes bei Landtagswahlen dar. Bereits mit dem Ergebnis 2009 wurde vier Wochen vor der Bundestagswahl ein prozentualer Rekord erzielt. Dies wurde 2014 wiederholt und, anders als in den beiden anderen Ländern, die Ergebnisse der Bundestagswahl und der Europawahl deutlich überboten. Auch bei den Kommunalwahlen legte die Thüringer Linke im Gegensatz zur Brandenburger und Sächsischen Linken zu.

Es ist reine Spekulation zu fragen, welches Ergebnis die Brandenburger Linke bei den Landtagswahlen 2009 erzielt hätte, wenn auch in Brandenburg vier Wochen vor der Bundestagswahl gewählt

worden wäre; gleichwohl: die Vermutung liegt nahe – vgl. auch den Wahlbericht zur Landtagswahl in Brandenburg 2009 –, dass es erkennbar schlechter ausgefallen wäre. Die Erosion des Rückhalts und der Mobilisierungsfähigkeit der Brandenburger Linkspartei zeigte sich auch daran, dass ihr Bundestagswahlergebnis 2013 erstmals unter demjenigen der Thüringer Partei lag und sie bei den Landtagswahlen jetzt hinter die Sächsische Partei zurückfiel. Ein Indiz dafür sind auch die deutlichen Verluste bei den Kommunalwahlen in Verbindung mit den Schwierigkeiten, eine ausreichende Zahl geeigneter Kandidaten und Kandidatinnen zur Wahl stellen zu können. Diese langfristigen Entwicklungen müssen berücksichtigt werden, wenn über die Bedeutung der Brandenburger Regierungsarbeit für die Wahlniederlage gesprochen wird. Auf jeden Fall scheint der Umkehrschluss zu gelten: Die Regierungsbeteiligung konnte nicht genutzt werden, um den langfristigen Trend abzuschwächen, zu stoppen oder gar umzukehren.

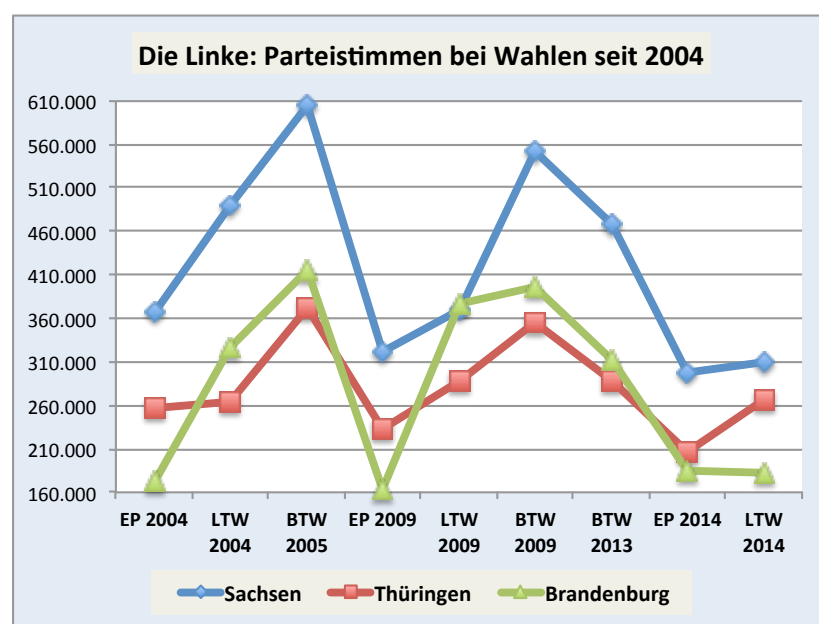
Die Kurve für den Landesverband Sachsen, der in der Landespolitik bisher die Rolle der »ewigen Oppositionspartei« zeigt eine mögliche Stabilisierung des Rückgangs auf einem Niveau an der 20%-Marke, wenn auch hier das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 als Ausnahme, als Höhenflug, betrachtet wird.

Anders hingegen der Landesverband Thüringen: In zwei Wahlkämpfen konnte er erfolgreich eine aussichtsreiche Alternative zur »ewigen« Regierungspartei CDU, auch und gerade personell, anbieten. Zwischen 2009 und 2014 ist es zudem gelungen, Einfluss und Mobilisierungsfähigkeit bei Wahlen auf einem höheren Niveau als die anderen beiden Verbände zu stabilisieren.

2.2. Die Entwicklung der absoluten Stimmzahl bei Wahlen 2004 – 2014

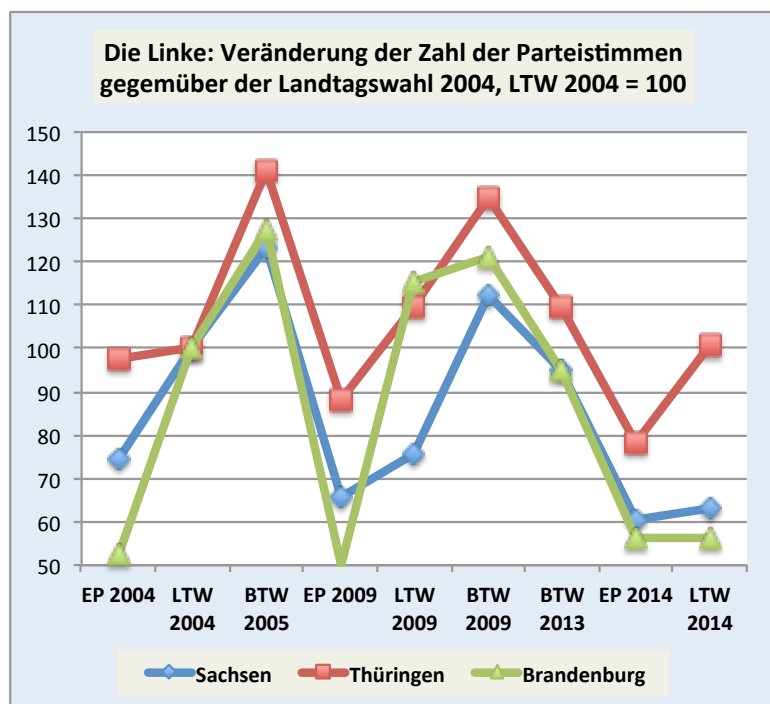
Die Linke: Parteistimmen bei Wahlen 2004-2014									
	EP 2004	LTW 2004	BTW 2005	EP 2009	LTW 2009	BTW 2009	BTW 2013	EP 2014	LTW 2014
Sachsen	367.196	490.488	603.824	321.988	370.359	551.461	467.045	296.853	309.568
Thüringen	256.893	263.717	372.435	232.995	288.915	354.875	288.615	205.763	265.329
Brandenburg	172.235	326.801	416.359	162.687	377.112	395.566	311.312	183.727	183.172

Die Anteile einer Partei an den gültigen Stimmen gibt ihre relative Stärke im Verhältnis zu anderen Parteien bei Wahlen zu Parlamenten wieder. Die Wahlbeteiligung spielt hierbei keine Rolle, für die Verteilung der Parlamentssitze kommt es allein auf die Verteilung der abgegebenen und gültigen Stimmen an. Der Blick auf die absolute Zahl der erreichten Stimmen ist nun in zweierlei Hinsicht interessant: Er zeigt, im Vergleich von Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen, das Potential an Wähler_innen, welches schon einmal erreicht worden ist bzw. (nicht) ausgeschöpft wurde. Und er vermittelt einen Eindruck, wie sich die soziale Verbreitung einer Partei über ihre Anhänger entwickelt.



Alle drei Landesverbände erhielten die meisten Parteistimmen (Zweitstimmen) bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen bisher bei der Bundestagswahl 2005. Gemessen daran betrug die Stimmzahl bei der jüngsten Landtagswahl in Sachsen 51,3%, in Brandenburg 44% und in Thüringen 71,2%.

Für Brandenburg und Sachsen zeigen sich erkennbar größere Schwankungen als für Thüringen zwischen den Ergebnissen für verschiedene Wahlen: Bei der Europawahl 2009 wurden in Thüringen 62,6% der Stimmzahl bei der Bundestagswahl 2005 erreicht, in Sachsen 53,3% und in Brandenburg 39,1%. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte Sachsen 91,3% der Stimmzahl von 2005, Brandenburg 95% und Thüringen 95,3%. Bei der Wahl 2013 erreichte Brandenburg 78,7% der Stimmzahl von 2009, Thüringen 81,3% und Sachsen 84,7%. Bei der Europawahl 2014 schaffte Brandenburg 59% der Stimmzahl der Bundestagswahl 2013, Sachsen 63,6% und Thüringen 71,3%. Die geringeren Schwankungen in Thüringen könnten darauf hinweisen, dass der Thüringer Landesverband über eine breitere soziale Verankerung und eine bessere Fähigkeit zur Mobilisierung seines Potential an (Stamm-)Wähler_innen als die beiden anderen Landesverbände verfügt.



Untersucht man die Veränderung der absoluten Stimmzahl gegenüber der Landtagswahl von 2004, in dem man deren Ergebnis gleich 100 setzt, so zeigt sich diese geringere Schwankungsbreite bzw. höhere Bindungskraft in Thüringen recht deutlich – bei aller Gleichförmigkeit der Kurven für alle drei Landesverbände. Zehn Jahre nach der Landtagswahl 2004 erreichen die Thüringer 2014 das gleiche Stimmzahl-Niveau, während die Sachsen und Brandenburger nur noch um die 60% des Niveaus von 2004 realisieren können.

Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht ausschließlich um dieselben Personen. Hierauf wird im Kapitel zu den Wählerwanderungen 2009-2014 eingegangen. In diesem Kapitel sind die Anteile an den gültigen Stimmen und die absoluten Stimmen noch im Lichte der Wahlbeteiligung zu betrachten.

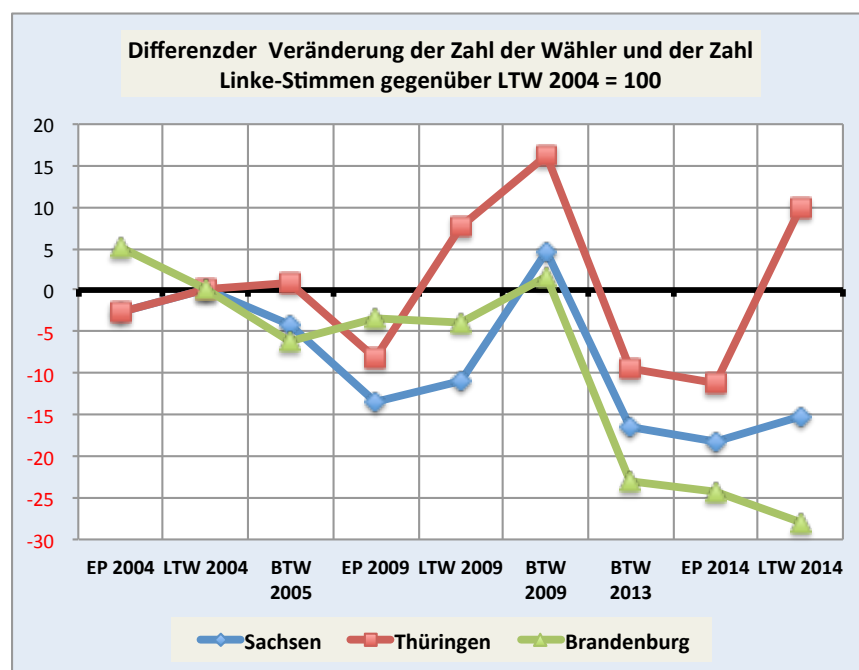
2.3. Wahlbeteiligung und Verankerung in der Bevölkerung

Die Wahlbeteiligung spiegelt das politische Interesse der Wahlberechtigten an einer Wahl wieder. Dieses Interesse kann von vielerlei Faktoren beeinflusst sein, auf die hier nicht erneut eingegangen werden soll.⁵ An dieser Stelle geht es lediglich um die Frage, ob und wann die Stimmzahl für die Partei Die Linke sich stärker oder schwächer verändert als die Gesamtzahl, also wie sich eine veränderte Wahlbeteiligung auswirkt, ob ihre ehemaligen Wähler eher oder seltener zu Hause bleiben oder zur Wahl gehen als der Durchschnittswähler. Anschließend wird die Frage behandelt, wie sich das für die soziale Verbreitung und potentielle Wahrnehmbarkeit von Anhängern der Partei auswirkt.

⁵ Vgl. Horst Kahrs: Abschied aus der Demokratie, RLS-Studie 2013, <http://www.rosalux.de/publication/38897/abschied-aus-der-demokratie.html>;
Oscar W. Gabriel, Bettina Westle: Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden 2012

Veränderung der Wähler (W) und der Stimmen für die Linke (StL), LTW 2004 = 100									
	EP 2004	LTW 2004	BTW 2005	EP 2009	LTW 2009	BTW 2009	BTW 2013	EP 2014	LTW 2014
Sachsen W	77,6	100	127,2	79,2	86,4	107,9	111,8	78,8	78,3
Sachsen StL	74,9	100	123,1	65,6	75,5	112,4	95,2	60,5	63,1
Thüringen W	100,0	100	140,3	96,5	101,9	118,4	118,8	89,3	90,6
Thüringen StL	97,4	100	141,2	88,4	109,6	134,6	109,4	78,0	100,6
Brandenburg W	47,7	100	133,6	53,2	119,3	119,4	118,3	80,5	84,0
Brandenburg StL	52,7	100	127,4	49,8	115,4	121,0	95,3	56,2	56,1

Die Tabelle gibt wieder, wie sich die absolute Zahl der Wähler_innen und die absolute Zahl der Zweitstimmen für die Linke gegenüber der gewählten Ausgangswahl, der Landtagswahl 2004, verändert haben. Sie betrug die Zahl der Wähler_innen in Sachsen bei der Landtagswahl 2014 78,3% derjenigen von 2004, die Linke erreichte aber nur 63,1% ihrer Stimmen von 2004. Diese Differenz von 15,2 Prozentpunkten steht für eine unterdurchschnittliche Mobilisierung der Linken bzw. für eine überdurchschnittliche Betroffenheit von einer sinkenden Wahlbeteiligung bzw. abnehmenden Zahl der Wähler_innen. Auch wenn allein die Zahl der Wahlberechtigten gesunken wäre, etwa durch Verstärben, so wäre davon Die Linke entsprechend überdurchschnittlich betroffen. In Thüringen wiederum lag die Zahl der Wähler_innen 2014 bei 90,6% derjenigen von 2004, die Linke erreichte 100,6% der Stimmenzahl von 2004. Diese positive Differenz steht für eine überdurchschnittliche Mobilisierung, für eine geringere Betroffenheit von einer sinkenden Wahlbeteiligung. Auf diese Weise lassen sich die Differenzen der Veränderungen für die drei Landesverbände von Wahl zu Wahl darstellen.



Das Schaubild zeigt, dass alle drei Landesverbände bei der Bundestagswahl, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, überdurchschnittlich Wähler_innen mobilisieren konnten. Dies gelang den Thüringern auch bei der Bundestagswahl 2005 und bei den Landtagswahlen 2009 und 2014. Das ist beachtlich, weil es aus dem üblichen Rahmen fällt, wonach die Linke von der niedrigeren Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen ähnlich stärker betroffen ist als bei den Europawahlen. Mit der Bundestagswahl 2013 hat die Partei erheblich an Anziehungs- und Mobilisierungskraft verloren. Dies zeigt sich deutlich beim Vergleich der Differenzen bei der Europawahl 2014 gegenüber denjenigen bei der EP-Wahl 2009 und setzt sich für Sachsen und Brandenburg bei der Landtagswahl fort.

Absolute Stimmen und Stimmenanteile besagen für sich wenig über den Rückhalt einer Partei in der Wahlbevölkerung. Einer Antwort auf diese Frage nähert man sich, in dem man die Stimmenzahl zur Zahl der möglichen Stimmen, der Wahl der Wahlberechtigten, ins Verhältnis sind. Die so erhaltene Prozentzahl spiegelt dann den Repräsentationsgrad wieder, den eine Partei mit Bezug auf die Bevölkerung, nicht nur in Bezug auf wählende Bevölkerung, beanspruchen kann. Sie sagt auch etwas über die Wahrscheinlichkeit, mit der man im sozialen Alltag auf einen Wähler der Linken treffen kann, mit der man Teil von authentischen Alltagsgesprächen über diese Partei werden kann (also nicht Gesprächen, in denen die Partei ausschließlich als Medienobjekt, nicht personal, präsent ist).

Die Tabelle zeigt für Brandenburg und Sachsen, dass bei der Bundestagswahl 2013 etwa der gleiche Grad an Verankerung vorhanden war wie bei der Landtagswahl 2004, in Thüringen höher lag. Dies ist

Anteil der Parteistimmen für die Partei Die Linke an allen Wahlberechtigten in %									
	EP 2004	LTW 2004	BTW 2005	EP 2009	LTW 2009	BTW 2009	BTW 2013	EP 2014	LTW 2014
Sachsen	10,3%	13,8%	17,0%	9,1%	10,6%	15,7%	13,7%	8,7%	9,2%
Thüringen	13,1%	13,5%	19,0%	12,1%	15,1%	18,5%	15,7%	11,3%	14,6%
Brandenburg	8,1%	15,4%	19,6%	7,6%	17,7%	18,6%	15,1%	8,9%	8,7%

auch 2014 bei der Landtagswahl noch deutlich der Fall (weil eine annähernd gleiche absolute Stimmzahl einer niedrigeren Zahl von Wahlberechtigten gegenüber steht). Er hat sich in Thüringen auch nur wenig gegenüber der Bundestagswahl 2013 verändert, in den beiden anderen Ländern sehr deutlich. Gegenüber den besten Werten, der Bundestagswahl 2005, haben sich die Werte bei der Landtagswahl 2014 für Brandenburg mehr als halbiert, für Sachsen fast halbiert und für Thüringen »nur« um etwa ein Viertel verringert. Für Brandenburg und eingeschränkt auch für Sachsen muss festgehalten werden, dass die Partei bereits bei den Europawahlen 2004 und 2009 ähnlich niedrige Werte erzielte wie jetzt 2014. Dies deutet auf eine deutlich niedrigere Zahl von Stammwählern, die die Partei auf jeden Fall und bei jeder Wahl ihre Stimme geben würden. Der Brandenburger potentielle Linke-Wähler will deutlich häufiger davon überzeugt werden, warum es bei der gerade anstehenden Wahl wichtig ist, die Partei zu wählen.

2.4. Kleines Zwischenfazit

Im Langzeitvergleich der Wahlergebnisse für die Linke in den drei Ländern zeigen sich große Parallelen. Der Zenit an absoluter Zustimmung scheint 2004/2005 erreicht worden zu sein. Die Jahre bis 2009 erscheinen eher als Aufschub eines langsamen Rückgangs an Zustimmung. Mit dem Auslaufen des bundespolitischen Zyklus' 2009 und dem Rückgang in den Umfragen 2011ff setzt der Schrumpfungsprozess beschleunigt ein: die Bundestagswahl 2013 bildet den Auftakt, die Landtagswahl 2014 eine weitere Etappe. Die Entwicklungen verlaufen im Landesverband Sachsen und im Landesverband Brandenburg weitgehend analog, obwohl der eine Landesverband aus der Opposition heraus agiert, der andere Landesverband aus der Regierung heraus. Die Ausnahme ist Thüringen, und zwar bereits seit mehreren Perioden, nicht erst durch das aktuelle Ergebnisse. Dort scheint, um ein Diktum des Spitzenkandidaten abzuwandeln, in und mit der Partei nicht alles anders, aber einiges besser zu laufen.

Der anschließende Blick auf die Wählerwanderungsbilanzen soll ermitteln, ob und in welchem Maße hierfür der Parteienwettbewerb eine Rolle spielt, um dann nach möglichen demografischen Faktoren zu suchen.

3. Wählerwanderungen

Die Wählerwanderungen, die Infratest dimap für die ARD-Wahlberichterstattung ermittelt, werden am Wahlabend und in der anschließenden Berichterstattung als Nettozahlen veröffentlicht, als Saldo von »Zustrom« und »Abstrom« zu und von einer anderen Partei. Die Partei X hat Y Stimmen an die Partei Z verloren usw. – in diesem Sinne wird über den Wechsel von Wählerinnen und Wählern berichtet, auf diesen Zahlen gründen meist die strategischen Interpretationen eines Wahlergebnisses. Die jeweiligen Bruttozahlen sind nicht Gegenstand der Berichterstattung und der Analysen. Tatsächlich liefern sie jedoch die aufschlussreicheren Hinweise zum Verhältnis zwischen zwei Parteien, wie es sich im Wahlverhalten spiegelt. Ein Beispiel: Die Befragung zur Wählerwanderung in Sachsen verzeichnet zwischen SPD und Linke im Saldo eine »Null«, so als sei da keine Wähler-Bewegung. Das vollständige Wählerstromkonto, wie von Infratest dimap ermittelt, weist hingegen einen »Zustrom« von Stimmen der SPD zur Linken in Höhe von 16.000 aus und einen »Abstrom« von Stimmen für die Linke bei der Vorwahl zur SPD ebenfalls in Höhe von 16.000. Die veränderte Wahlentscheidung zwischen SPD und Linken in Höhe von 32.000 Stimmen stellte in Sachsen eine der größten Bewegungen zwischen zwei Parteien dar, bei der am Ende zwar keine von beiden Parteien etwas gewann, die aber viel über das Verhältnis zwischen den beiden Parteien, nämlich zum Beispiel eine recht hohe »Durchlässigkeit«, vermitteln kann. Der öffentlich kommunizierte Saldo gibt die Richtung eines Austausches an, ob die Bewegung in eine Richtung überwiegt. Er besagt aber nichts über den Umfang der Bewegung. Gleiches gilt auch für Gewinne von oder Verluste an »die Nichtwähler«.

Die veröffentlichten Zahlen decken sich in der Summe der jeweiligen Salden zwischen Parteien und mit den Nichtwählern nicht mit den absoluten Stimmengewinnen oder –verlusten einer Partei. Denn die »Wählerstromkonten« enthalten zwei »demografische« Kategorien: einerseits das Versterben von Wähler_innen zwischen den Wahlterminen und das Nachrücken von »Erstwähler_innen« und andererseits die Binnenmigration zwischen Bundesländern, also Zuzug und Fortzug von Wähler_innen. In einer Legislaturperiode zugezogene Wähler werden dabei ähnlich wie Erstwähler in einem Land betrachtet, also nicht nach dem Wahlverhalten bei der vorherigen Landtagswahl in einem anderen Land befragt.

Die Wählerwanderung lässt sich in vier Gruppen unterteilen: (1) den Austausch zwischen Parteien, den Parteiwechsel, (2) die Entscheidung zwischen Wahl und Nichtwahl, (3) die Binnenmigration zwischen Ländern und schließlich (4) direkt demografisch bedingte Veränderungen.

Zur Methode der Ermittlung der Wanderungsbewegungen: »Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. »Haltequoten« (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen. Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung. Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.« (Hoff/Kahrs, Wahl Nachtberichte)

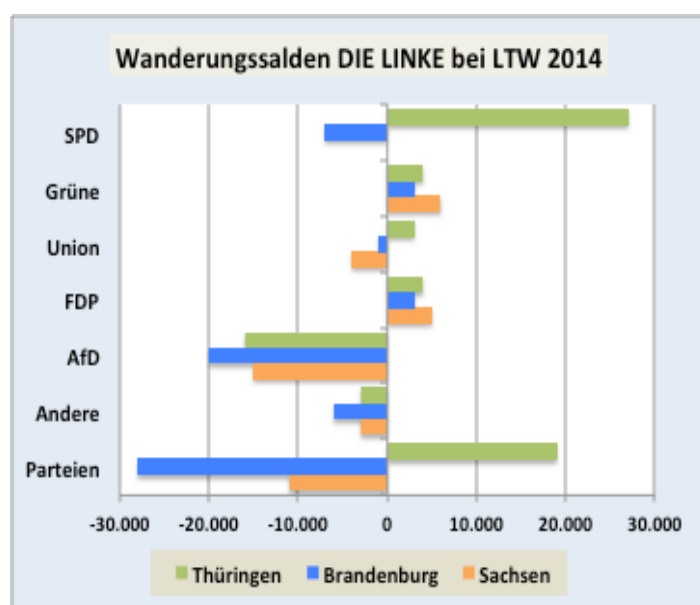
Die Wählerwanderung wird meist im Vergleich zur vorhergehenden Wahl gleichen Typs ermittelt. Eine Ausnahme war die letzte Wahl zum Europäischen Parlament, bei der mit der Bundestagswahl 2013 verglichen wurde. Es wurde bei den drei hier zu betrachtenden Landtagswahlen nach dem Stimmverhalten bei der letzten Landtagswahl 2009 gefragt, nicht nach dem Verhalten bei der »letzten Wahl«, was im Falle der drei Landtagswahlen die Wahl zum Europäischen Parlament gewesen wäre. Bei den Antworten wird vorausgesetzt, dass sich die Befragten so weit korrekt zurückerinnern und Auskunft geben. Durch die Art der Fragestellung wird die Interpretation nahe gelegt, dass es sich um einen Wechsel handele, der vor und im Zusammenhang mit der aktuellen Wahl stattgefunden haben müsse. Tatsächlich kann dieser Wechsel, z.B. im Falle der »Alternative für Deutschland« bereits bei der letzten Bundestagswahl stattgefunden haben, bei der Europawahl wiederholt und bei

der Landtagswahl bestätigt worden sein. Was dann als eine mit der Landespolitik in Verbindung zu bringende Wechselentscheidung vom Spätsommer 2014 erscheint, kann als Wechsel der Parteipräferenz bereits ein Jahr zuvor bei der Bundestagswahl im Kontext von bundespolitischen Themen vollzogen worden sein. Die »Wählerwanderung« gibt keine Auskunft über den Zeitpunkt der Lossagung von der zuvor gewählten Partei und der Hinwendung zur neuen Partei. Sie besagt nichts darüber, ob jemand zwischenzeitlich sich einer anderen Partei verbunden fühlte oder ob er bereits bei Bundestags- oder Europawahlen eine andere Partei gewählt hat.

3.1. Der Austausch mit den anderen Parteien

3.1.1. Die Wanderungssalden

Die Wanderungssalden zwischen der Linkspartei und den anderen Parteien weisen für Thüringen einen Gewinn von 19.000 Stimmen aus, für Brandenburg einen Verlust von 28.000 Stimmen und für Sachsen einen Verlust von 11.000 Stimmen.



In allen drei Ländern konnte die Linke Stimmen aus der Konkursmasse der FDP gewinnen. Politisch bedeutsamer dürfte aber sein, dass bei den sehr unterschiedlichen Ausgangskonstellationen jeweils auch Stimmen von den Grünen gewonnen wurden, wenn auch im geringen Umfang. Hierbei dürfte es sich um Wähler_innen gehandelt haben, die weder mit der Öffnung der Grünen für schwarz-grüne Koalitionen einverstanden waren noch die Zukunft des Braunkohle-Tagebaus für eine wahlentscheidende Frage hielten. Denn die Partei Die Linke galt unter Tagebau-Gegnern nicht mehr als Partei des sofortigen Ausstiegs, wer dies für eine wahlentscheidende Frage hielt, hätte die Grünen wählen müssen.

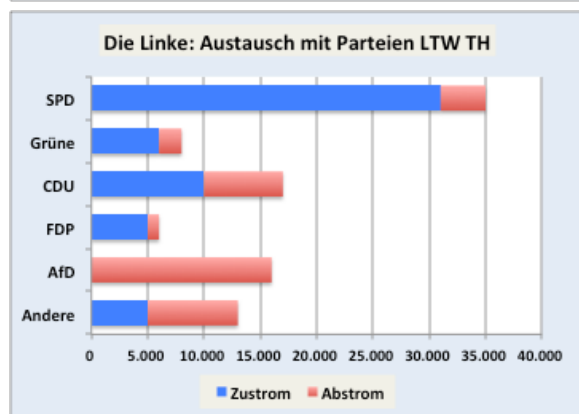
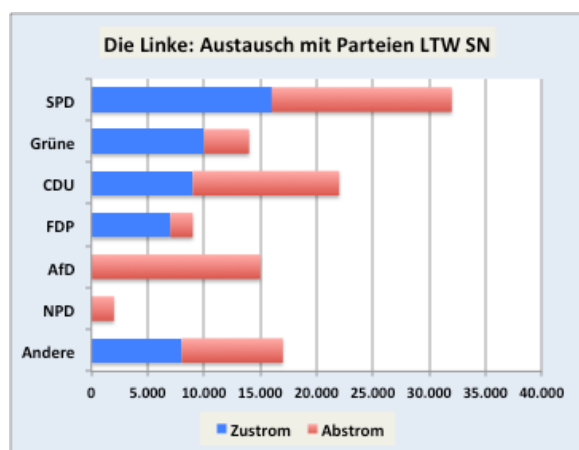
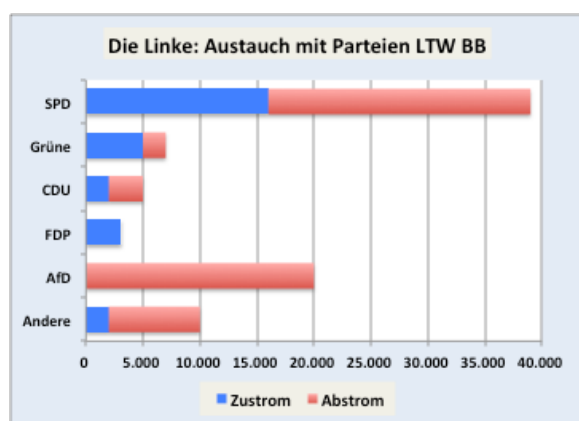
In allen drei Ländern verlor die Linkspartei zwischen 15.000 (Sachsen) und 20.000 (Brandenburg) Stimmen an die »Alternative für Deutschland«. Geringere Verluste gab es jeweils an andere kleine Parteien, wobei nur für Sachsen die NPD gesondert ausgewiesen wurde (-2.000 Stimmen).

In Thüringen hat Die Linke im Zuge des Ministerpräsidenten-Wahlkampfes unter dem Strich Stimmen von der SPD und der Union hinzugewonnen. In Brandenburg hat sie als kleinere Regierungspartei Stimmen an den Partner SPD verloren und in geringerem Umfang auch an die Oppositionspartei CDU. Von den beiden anderen Oppositionsparteien hat sie Stimmen gewonnen. In Sachsen wiederum war die Bilanz mit der SPD ausgeglichen, verloren wurde als Oppositionspartei an die regierende CDU.

Betrachtet man nur den Austausch mit den in den Landesparlamenten bisher vertretenen Parteien, denn hat die Linke mit ihnen in Thüringen eine deutlich positive Bilanz (+38.000 Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Union) und in Sachsen – unter Einschluss der NPD – eine leicht positive Bilanz (+5.000 Stimmen). In Brandenburg ist die Bilanz mit den anderen Landtagsparteien leicht negativ (-2.000 Stimmen). Die größeren Verschiebungen zwischen den Parteien im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl hat das Auftreten der neuen, bis dahin außerparlamentarischen Partei AfD hervorgerufen bzw. ermöglicht. In allen drei Wahlen wollte eine ausreichende Zahl von Wahlberechtigten eine neue Partei im Parlament haben, ein Votum, welches sich bereits bei der Bundestagswahl 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 angekündigt hatte.

3.1.2. Der Wanderungsumfang

Für die Interpretation des Wahlverhaltens und die politische Strategiebildung womöglich bedeutender als der Blick auf die Salden ist der Blick auf die Zahlen für den Zu- und Abstrom von Wählern. Hinter dem saldierten Stimmengewinn einer Partei können Bewegungen im Sinne einer politischen Einbahnstraße stattgefunden haben, aber auch reger Wechsel in beide Richtungen, was dann auf weitaus größere Teile der jeweiligen vormaligen Anhänger hindeutet, die sich »in Bewegung« gesetzt haben. Dieser Umfang kann sichtbar gemacht werden, wenn man die beiden Bewegungen, Zustrom und Abstrom, addiert.



In Brandenburg hat aus der Sicht der Linkspartei der umfangreichste Wechsel von und zu anderen Parteien mit dem Regierungspartner SPD stattgefunden: Rund 39.000 Wähler_innen wechselten zwischen den beiden Parteien, wobei Die Linke unter dem Strich verlor. Die zweitgrößte Bewegung war die Abwanderung zur AfD (20.000 Stimmen), gefolgt vom Austausch mit kleinen außerparlamentarischen Parteien.

Auch in Sachsen hatte der Austausch mit der SPD das größte Volumen (32.000 Stimmen), Zu- und Abstrom hoben sich wechselseitig auf, so dass diese Bewegung im Wanderungssaldo nicht erscheint. Anders als in Brandenburg folgte auf Platz zwei der Austausch mit der Regierungspartei Union, dann der Austausch mit außerparlamentarischen Kleinparteien, gefolgt von der Abwanderung zur AfD. Auch der Austausch mit den Grünen hat in Sachsen einen deutlich größeren Umfang als in Brandenburg.

In Thüringen ist der Wechsel zwischen SPD und Linkspartei für diese ebenfalls das umfangreichste Wechselfeld (35.000 Stimmen), hier mit einer eindeutig positiven Bilanz für die Thüringer Linke. Das Volumen des Austausches mit der Regierungspartei CDU liegt knapp vor der Abwanderung zur AfD. Der Austausch mit den außerparlamentarischen Kleinparteien, darunter auch die NPD, hat in Thüringen einen größeren Umfang als derjenige mit den Grünen oder der FDP.

Betrachtet man die Zahlen unter der Perspektive der politischen Lager bzw. der Perspektive möglicher Bündnispartner der Linken und Mehrheiten links der Union, so ergibt sich ein eindeutiges wie zugleich zwiespältiges Bild: Eindeutig insofern, als auch eine Aussicht auf eine Mehrheit links der Union (Thüringen, Brandenburg) die Anhänger der

Linken nicht verlässlich binden kann, sondern die Abwanderung ins »andere« Lager relativ hoch bleibt; zwiespältig insofern, als der Austausch mit den kleinen, nichtparlamentarischen Parteien relativ hoch bleibt, was auf einen nicht geringen Anteil von Wählern deutet, die sowohl thematisch als auch parteipolitisch unzufrieden und »auf der Suche« sind.

In Brandenburg war der Austausch der Linkspartei mit SPD und Grünen (46.000 Stimmen) größer als derjenige mit allen anderen Parteien (38.000 Stimmen), am Ende verlor die Linke im Saldo 24.000

Stimmen an diese Parteien. In Sachsen wechselten 46.000 Stimmen zwischen den »linken« Parteien, 65.000 Stimmen zwischen der Linkspartei und den »rechten« Parteien. Die Linke gewann 6.000 Stimmen von den potentiellen Partnern, verlor aber 17.000 Stimmen an das »rechte« oder »bürgerliche« Lager. Und in Thüringen machte der Austausch im linken Lager für die Linke 43.000 Stimmen bei einem Gewinn von 31.000 Stimmen, der Austausch den Anhängern mit den »rechten Parteien« war mit 52.000 Stimmen umfangreicher und bilanzierte mit einem Verlust von 12.000 Stimmen.

Alles in allem lässt sich festhalten:

- Der Wechsel von und zu SPD und Grünen behält für die Partei Die Linke einen hohen Stellenwert.
- An die »bürgerlichen« Parteien gehen deutlich mehr Stimmen verloren als gewonnen werden. Das betrifft weniger die etablierte Union als die neue AfD und andere, rechte und/oder Ein-Themen-Parteien.
- Unter macht- und hegemoniepolitischer Perspektive scheint die Linke an Fähigkeit zu verlieren, einen arbeitsteiligen Beitrag für eine linke Mehrheit zu leisten, eine Tendenz zur wechselseitigen Kannibalisierung der Parteien links der Union bleibt deutlich erkennbar. In Sachsen verlieren sowohl Linke als auch SPD.
- Die Abwanderung zur AfD könnte ein Zeichen für abnehmende Bindungskraft als ostdeutsche Heimatpartei sein, zugleich gelingt es nicht, einen recht hohen Anteil von Klein- bzw. Themen-Partei-Wählern, worin immer auch ein Protestverhalten gegenüber etablierten Parteien aufscheint, längerfristig zu binden.
- Die Wählerwanderungen bei diesen drei Landtagswahlen zwischen der Linken und den anderen Parteien überraschen angesichts der Zahlen für die Bundestagswahl und die EP-Wahl nicht, wenn sie auch jeweils eine Portion landespolitischer Spezifika enthalten.

3.2. Wahlenthaltung

DIE LINKE hat in allen drei Wahlkonstellationen:

- (1) kleinere Regierungspartei, die weiter regieren will;
- (2) Oppositionspartei mit Anspruch und Aussicht auf das Ministerpräsidentenamt;
- (3) Oppositionspartei ohne Aussicht auf Regierungswechsel;

Wähler_innen verloren, weil sie nicht zur Wahl ihrer Partei, der Linken mobilisiert werden konnten oder weil sie überhaupt keine Partei mehr wählen wollten. In den Zahlen von Infratest dimap stellt sich der Austausch mit den Nichtwähler ebenfalls als ein Kommen und Gehen dar, wobei aus Sicht der Linken das Gehen überwiegt:

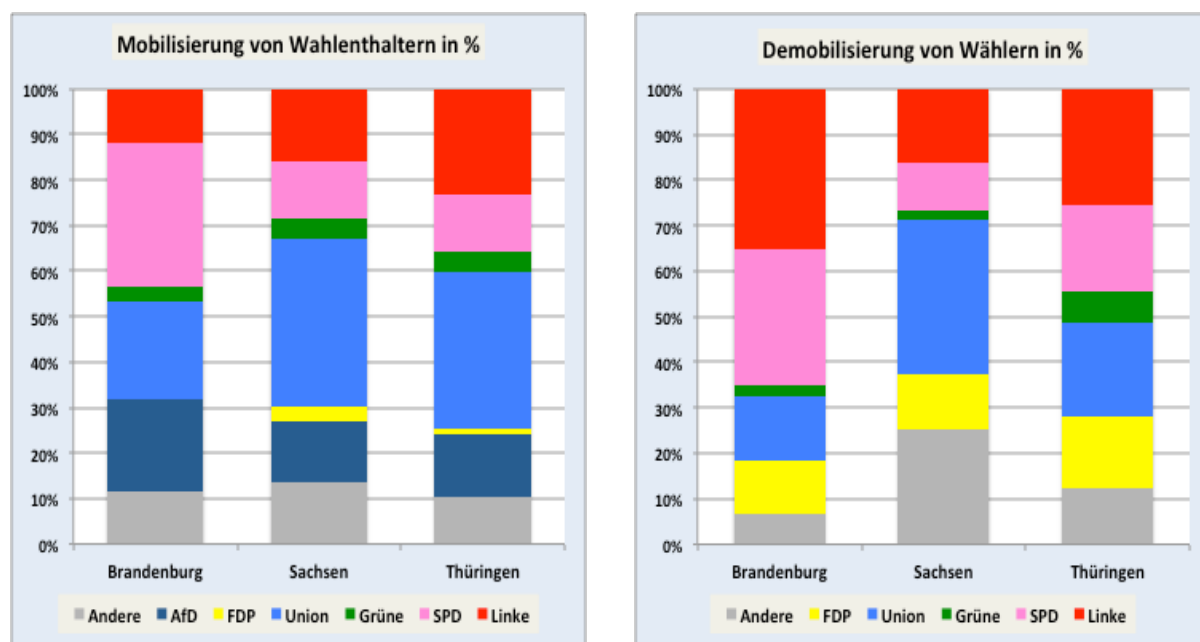
Die Linke: Austausch mit Nichtwähler_innen			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Brandenburg	7.000	122.000	-115.000
Sachsen	19.000	32.000	-13.000
Thüringen	20.000	31.000	-11.000

Die hohe Abwanderung von der Linken zu den Nichtwählern in Brandenburg muss gesondert betrachtet werden: Die Landtagswahl 2009 fand am gleichen Tag wie die Bundestagswahl statt, die Wahlbeteiligung war für eine Landtagswahl mit 67,0% deutlich höher als bei den Wahlen 2004

(56,4%) oder 1999 (54,4%). Die Wahlbeteiligung 2014 erreichte mit 47,9% einen Tiefstand. Nur bei der Europawahl 2014 (46,7%) und 2009 (29,9%) gingen noch weniger Brandenburger zur Wahl. Im Vergleich mit der Landtagswahl 2009 verloren daher alle Parteien (naturgemäß bis auf die AfD) erheblich an die Nichtwähler. Da die Linke bei Landtagswahlen in der Regel schlechter mobilisieren kann als bei Bundestagswahlen, ihre Stimmenzahl im Verhältnis zur Wahlbeteiligung überdurchschnittlich sinkt, kann man bei einem Vergleich, der die höhere Wahlbeteiligung 2009 unberücksichtigt lassen will, nur von einer geschätzten Stimmenzahl 2009 ausgehen. Bei einer Wahlbeteiligung 2009 im Durchschnitt der Vorwahlen hätte die Linke bei gleichem Stimmenanteil statt 377.000 Stimmen nur 310.000 erhalten. Bei einer Wählermobilisierung im Vergleich zu Bundestagswahl von 70% - ein oberer Wert für ostdeutsche Länder und die Linke - hätte ihre Stimmenzahl 2009 etwa 265.000 Stimmen betragen. Nimmt man beide Werte als Ober- und Untergrenze, so wären etwa 290.000 Stimmen eine rechnerische Ausgangsbasis. Von den 122.000 Wähler_innen, die sich für Wahlenthal-

tung entschieden, wären 85.000 bis 90.000 somit auch 2009 nicht zur Landtagswahl gegangen, wenn nicht zeitgleich die Bundestagswahl stattgefunden hätte. Es bliebe bereinigt also ein Abstrom zur Wahlenthaltung in Höhe von 35.000-40.000 Stimmen. Mit anderen Worten: In Brandenburg hätte die Linke nicht unbedingt überdurchschnittlich an die Wahlenthaltung verloren im Vergleich mit den anderen Bundesländern – sie hat vor allem deutlich unterdurchschnittlich unter den Wahlenthaltern von 2009 Wähler_innen gewinnen können.

Betrachtet man die relative »Stärke« der Parteien bei der Demobilisierung von Wähler_innen (Übergang von Wählern zur Wahlenthaltung) und der Mobilisierung von Wahlenthaltern (Rückkehr zur Wahlbeteiligung), dann zeigt sich, dass die Parteien links von der Union unterdurchschnittlich fähig sind, Wahlenthalter zur Stimmabgabe zu bewegen und – mit der Ausnahme Sachsens - überdurchschnittlich an der Demobilisierung von Wählern beteiligt sind.



Die Stimmenanteile, die die Linke bei vormaligen Nichtwählern erzielt, schwanken zwischen 11% in Brandenburg und 22% in Thüringen, liegen also jeweils unter dem Wahlergebnis. Für die SPD gilt dies so nicht, wohl aber für die Grünen. In Thüringen wiederum liegt der Anteil von Linke, SPD und Grünen, den Wunschpartnern einer neuen Regierungskoalition, an den vormaligen Wählern, die zu aktuellen Nichtwählern wurden, bei über 50%.

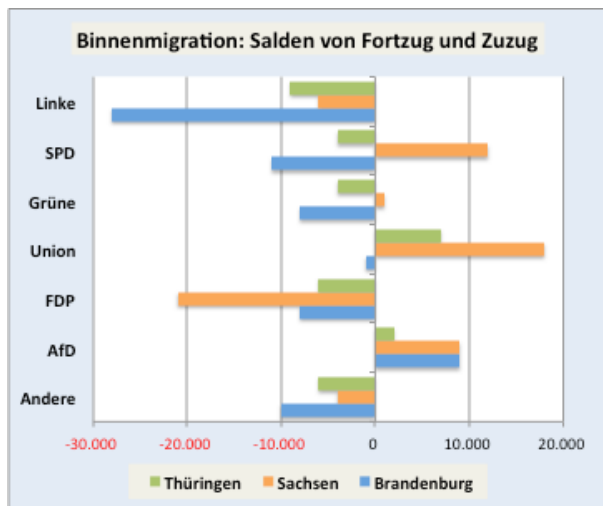
3.3. Der »demografische« Faktor

Die Angaben über des Versterben von Wählern und den Wegzug in ein anderes Bundesland beruhen auf Berechnungen und Schätzungen von Infratest dimap. In die Angaben über das Wahlverhalten von Erstwählern und Zugezogenen, die erstmals an ihrem neuen Wohnsitz an einer Landtagswahl

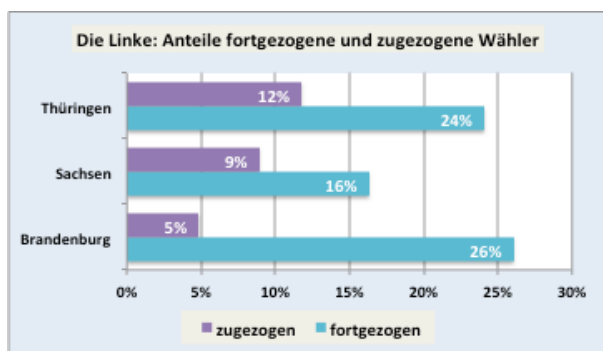
Die Linke: Binnenmigration und Wahlverhalten			
	Zuzug	Fortzug	Saldo
Brandenburg	3.000	31.000	-28.000
Sachsen	9.000	15.000	-6.000
Thüringen	4.000	13.000	-9.000
Die Linke: Verstorbene Wähler und Erstwähler			
	Erstwähler	Verstorbene	Saldo
Brandenburg	6.000	28.000	-22.000
Sachsen	7.000	38.000	-31.000
Thüringen	6.000	27.000	-21.000

teilnehmen, gehen auch die Ergebnisse der Wahltagsbefragungen ein. Angesichts der Altersstruktur (in den ostdeutschen Ländern) ist allgemein davon auszugehen, dass die Zahl der verstorbenen Wähler_innen höher ist als die Zahl der Erstwähler_innen. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung bei den Jüngeren deutlich niedriger ist. Für die zukünftige Entwicklung der Stärkeverhältnisse zwischen den Parteien hätte dieser natürliche demografische Faktor keine Bedeutung, wenn die Anteile an

den verstorbenen Wählern und an den Erstwählern dem durchschnittlichen Stimmenanteil entsprechen würde. Ebenso wäre es bei der Binnenmigration. Tatsächlich zeigt sich bei den zugezogenen Wählern aber ein anderes Stimmenverhalten als bei den fortgezogenen, und das Stimmverhalten der jüngeren Wähler unterscheidet sich von denen im hohen Alter. In beiden Fällen schneidet die Linkspartei schlecht ab.



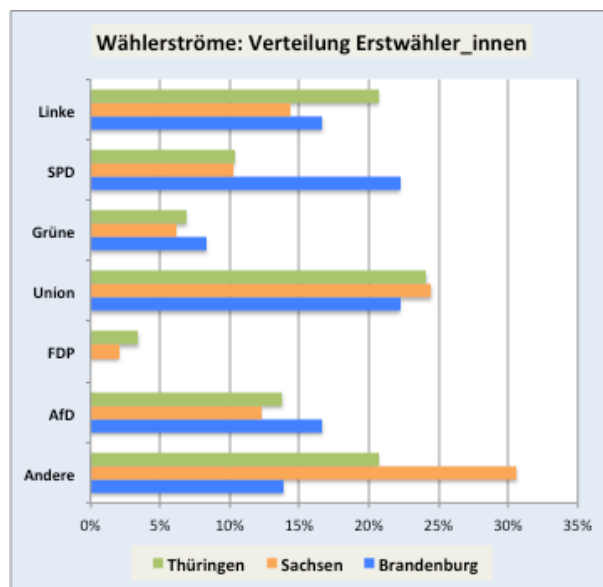
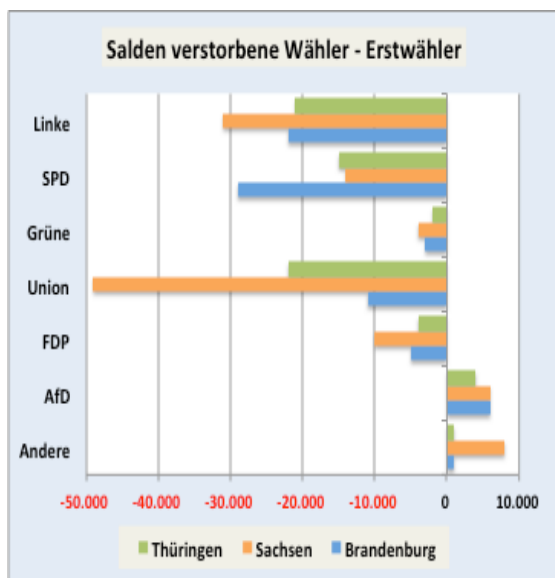
Bei der Binnenmigration verliert die Linkspartei in allen drei Ländern, wobei die hohe Zahl der Fortzüge womöglich durch die nicht vergleichbare Ausgangsbasis – höhere Wahlbeteiligung 2009 wegen gleichzeitiger Bundestagswahl – für Brandenburg ein verfälschtes Bild wiedergibt.



Der Überblick zu den Angaben von Infratest dimap über verstorbene Wähler_innen und Erstwähler_innen zeigt ebenfalls hohe negative Salden. Es stellt sich die Frage, wie diese Zahlen im Verhältnis zu denen für die konkurrierenden Parteien zu interpretieren sind. Der Fortzug von Wähler_innen trifft die Linkspartei im Großen und Ganzen etwa im Ausmaß ihrer Stimmenanteile bei den Vorwahlen, in Sachsen eher unterdurchschnittlich. Die Stimmenanteile der Partei unter den zugezogenen Wählern, die erstmals an einer Landtagswahl sich beteiligen, ist dagegen deutlich unterdurchschnittlich. Wähler_innen der Linkspartei ziehen weniger in die drei ostdeutschen Länder bzw. die zugezogenen Wähler_innen werden von der Linken weit unterdurchschnittlich erreicht und angesprochen. Binnenwanderung geht, so die Zahlen für 2014, in besonders starkem Maße zu Lasten der Linkspartei.

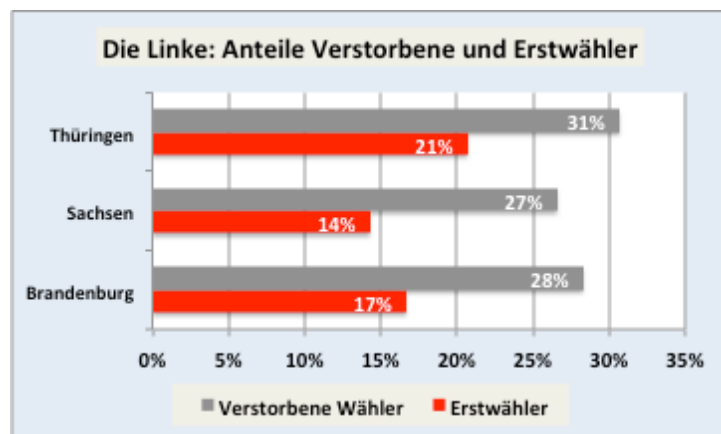
Von der Binnenwanderung hat in allen drei Ländern die AfD profitiert, in Sachsen weisen auch SPD und CDU ein positives Saldo auf, auch die Grünen verzeichnen ein kleines Plus. Ansonsten verlieren alle Parteien Wählerstimmen durch Fortzug in d stärkerem Maße, als sie Stimmen hinzugewinnen.

Aufgrund der allgemeinen demografischen Entwicklung sind für alle Parteien die Salden von verstorbenen Wählern und Erstwählern negativ. Eine Ausnahme stellt naturgemäß die AfD dar. Auch die



anderen Parteien, hierunter Freie Wähler, Piratenpartei und NPD haben ebenfalls mehr Erstwähler als verstorbene Wähler in allen drei Ländern und vor allem in Sachsen.

Bei den Erstwählern zeigt sich eine Stärke der außerparlamentarischen Parteien und der AfD. Bis auf die Grünen liegen die etablierten Parteien bei den Erstwählern unter ihrem allgemeinen Stimmenanteil.



Für die Linkspartei stellt Infratest dimap in allen drei Ländern einen überdurchschnittlichen Anteil unter den verstorbenen Wähler_innen und einen unterdurchschnittlichen bei den Erstwählern dar.

3.4. Abwanderung zur AfD

Bei den drei Landtagswahlen verlor die Partei Die Linke zusammen 51.000 Stimmen an die AfD. In ganz Ostdeutschland verlor sie bei der letzten Bundestagswahl bereits 110.000 Stimmen an die AfD (Westdeutschland: 230.000 Stimmen). Bei der Europawahl verlor die Linke bundesweit nochmals 130.000 Stimmen an die AfD gegenüber der Bundestagswahl 2013, gewann allerdings auch 20.000 AfD-Stimmen zurück. Angesichts dieser Zahlen ist es sehr wahrscheinlich, dass die Ablösung von Wähler_innen der Linken und ihre Abwanderung zur AfD bereits im Sommer und Herbst 2013 stattfand und nur in einem sehr geringen Umfang vor den Landtagswahlen, also zwischen Mai 2014 und September 2014. Möglich sogar, dass die Ablösung von der Linken bereits 2010 und 2011 im Zusammenhang mit dem bundesweiten Niedergang der Umfragewerte stattfand und sich die betreffenden Wähler_innen dann vor der anstehenden Wahl neu orientierten, aber für die Linke längst verloren waren.

Zwischen der Stärke der AfD und der Schwäche der Linken gibt es keinen direkten Zusammenhang. Die AfD gewinnt von allen Parteien Stimmen. Sie ist besonders stark in »Grenzregionen«, für Brandenburg stellt das Statistische Landesamt fest, dass das Ergebnis der AfD positiv korreliert mit einer niedrigen SGBII-Bezieherquote und einem hohen Anteil an Wohneigentum. Das Ergebnis der Linken in Brandenburg korreliert mit keinem der untersuchten sozialstrukturellen Merkmale besonders.

Ob der positive Bezug auf die DDR und – zumindest in Brandenburg – die Kritik an der amerikanischen Russland-Politik einen Einfluss auf ehemalige Linke-Anhänger bei der Entscheidung für die AfD ausübten, lässt sich empirisch nicht untersuchen.

3.5. Zwischenfazit Wählerwanderungsbilanzen

Die Wählerstromkonten von Infratest dimap vermitteln für Linkspartei in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ein differenziertes Bild mit einer in wesentlichen Punkten gleichgerichteten potentiellen Entwicklungsdynamik. Es zeigt sich, dass der Blick allein auf die Wanderungssalden zwischen den Parteien zu einer verengten und unzureichenden Wahrnehmung führt.

Unterteilt man die Wählerströme wie vorstehend in diejenigen, (1) die unmittelbar vom Parteienwettbewerb beeinflusst sind, (2) die von der Fähigkeit, Wähler zu mobilisieren bestimmt sind, (3) die die Binnenwanderung von Wählerinnen widerspiegeln und schließlich (4) die demografischen oder generationen-geprägten Faktoren, so zeigt sich ein bemerkenswertes Bild.

Wanderungsbilanzen DIE LINKE: Salden			
	Brandenburg	Sachsen	Thüringen
mit Parteien	-28.000	-11.000	19.000
mit Wahlenthaltern	-29.000	-13.000	-11.000
Binnenmigration	-28.000	-6.000	-9.000
Demografie	-22.000	-31.000	-21.000
Saldiert	-107.000	-61.000	-22.000
Für Brandenburg "bereinigte" Zahl für Wahlenthaltung			

In Thüringen wird der Stimmenrückgang der Linkspartei nicht vom direkten Parteienwettbewerb bestimmt, im Gegenteil kann die Linke hier Stimmen gewinnen. Diese Gewinne reichen aber nicht aus, um die Verluste an die Wahlenthalter, bei der Binnenmigration und vor allem bei der Demografie auszugleichen.

In Sachsen machen die demografisch bedingten Verluste sogar die Hälfte der Stimmenverluste aus, die Verluste an andere Parteien nur gut ein Sechstel.

Die (hier bereinigt dargestellten) Zahlen für Brandenburg sind aus den erwähnten Gründen nur zurückhaltend zu interpretieren, aber auch hier wird deutlich: die Verluste an andere Parteien machen vielleicht ein Viertel der gesamten Verluste aus (unter Herausrechnung der höheren Wahlbeteiligung 2009 aufgrund der am gleichen Tag durchgeführten Bundestagswahl).

Als Schwächen der Partei auf Basis dieser Zahlen sind dann zu nennen:

- 1) eine schwache Mobilisierung gegen einen allgemeinen Trend zur Wahlenthaltung und im besonderen jeweils nicht ausreichend überzeugende Argumente, warum es (bei dieser Wahl) wichtig ist, (die Linke) zu wählen;
- 2) eine unterdurchschnittliche Ansprache und Verankerung in der jüngeren Generation der Wahlberechtigten und Erstwählern,
- 3) eine schwache oder fehlende Ansprache und Integration zugewanderter Wähler_innen, wobei offen ist, ob diese angesichts möglicher ideologischer Vorbehalte gegenüber der »Nachfolgepartei« überhaupt erreichbar wären,
- 4) ein relativ hoher Verlust an Wähler_innen an Parteien im neu bewegten »bürgerlichen« und rechten Spektrum, die durch die klassischen Themen und Ansprachen der Linken nicht mehr gebunden werden konnten.

Die ersten drei Faktoren weisen eine hohe Unabhängigkeit gegenüber der jeweils spezifischen Ausgangskonstellation und den entsprechenden Wahlkampfzielen auf. Allenfalls die Wahlenthaltung könnte in Brandenburg deutlich stärker durch eine resignative Haltung gegenüber der Regierungstätigkeit bestimmt sein. Beim vierten Faktor, dem Parteienwettbewerb, wurde bereits auf die Tendenz zur »Kannibalisierung« im »linken« Lager hingewiesen. Die grundlegende Richtung scheint aber auch hier eine Bewegung zu bürgerlichen, »anständigen« rechten (statt schmuddeligen rechtsradikalen) Parteien zu sein, wobei Sachsen auf Grund der nun über zehn Jahre währenden Erosion der hegemonialen CDU noch eine Ausnahme darstellt, wenn AfD und NPD in einigen Wahlkreisen gleichzeitig gewinnen.

4. Auf dem Weg zur (ostdeutschen) »Seniorenpartei«?

Die Linke in Ostdeutschland hat, das ist seit längerem bekannt, wie auch die CDU und die SPD eine relativ »alte« Wählerschaft. Sie erzielt überdurchschnittlich Ergebnisse seit einigen Wahlperioden bei den über 45jährigen. Gleichzeitig stellen diese Altersgruppen aufgrund der demografischen Bevölkerungsstruktur auch die meisten Wahlberechtigten. Zudem ist unter ihnen die Wahlbeteiligung deutlich höher als bei den jüngeren Wahlberechtigten. Die Älteren haben, wenn man so will, dadurch ein besonderes Stimmgewicht. Manche Beobachter, so in der FAZ, vertreten die Auffassung, dass nicht nur gegen die Rentner keine Wahl gewonnen werden könne, sondern Wahlen nur mit den Rentnern und der bevorzugten Berücksichtigung ihrer Interessen von den großen Parteien erfolgreich bestritten werden können. Es drohe der Weg in die »Rentnerrepublik«. Bereits in der ausführlichen Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik der Bundestagswahl 2013 für die Partei Die Linke und andere Parteien wurde darauf hingewiesen, dass von jüngeren Wähler_innen deutlich stärker, nicht im Parlament vertretene kleinere Parteien gewählt würden, in einzelnen Bundesländern bei den unter 30jährigen mit bis zu 30% der gültigen Stimmen⁶. Die größeren und etablierten Parteien könnten den Anschluss an die jüngere Generation verlieren und damit den Anschluss an diejenigen Schichten, die Subjekte und oft auch Protagonisten von Veränderung, der Einarbeitung von Umwälzungen der Produktivkräfte in die Lebenswelten des Alltags usw. sind. Bereits beim Erfolg der Piratenpartei in Berlin konnte das Phänomen bemerkt werden, dass die Enkel nicht mehr die Partei der Großeltern, die Linke, wählten, sondern die Piratenpartei. Sie erzielte bei den unter 30jährigen zuletzt trotz schlechter Gesamtergebnisse immer noch beachtliche Stimmenanteile.

Für eine Partei, die auf emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung setzt, ist die Verankerung bei den jüngeren Wählerschichten, die am Anfang und in der Mitte ihres Berufslebens stehen, von großer Bedeutung, wenn sie nicht sich auf die Funktion des Schutzpatrons der wohl erworbenen Ansprüche der älteren Generation an den gesellschaftlichen Reichtum verstehen will.

Vor diesem Hintergrund kann der Blick auf die demografische Struktur der Linken-Anhängerschaft bei den drei Landtagswahlen den Blick auf die Probleme und Aufgaben jenseits der Tagesaktualität schärfen. Die entsprechenden Daten werden im Rahmen der »repräsentativen Wahlstatistik« erhoben und zur Verfügung gestellt. Sie wurden hier nicht differenziert nach Männern und Frauen betrachtet, weil diese Differenzierung keinen qualitativen Einfluss auf die demografische Struktur hat, und sie werden auch nicht sozialräumlich differenziert nach städtischen Regionen und ländlich geprägten Regionen. Dies muss weiteren Analysen innerhalb der Landesverbände vorbehalten bleiben. Hier geht es vor allem um die Frage, ob die unterschiedlichen Entwicklungen und Konstellationen in den Landesverbänden erkennbare Auswirkungen auf die Altersstruktur der Anhängerschaft haben.

Die per Gesetz erhobene »Repräsentative Wahlstatistik« ermittelt über repräsentative Stichproben in Wahllokalen das Stimmverhalten nach Alter und Geschlecht. Die Ergebnisse werden mit zeitlichem Abstand zum Wahltermin veröffentlicht und liegen für die drei Landtagswahlen derzeit noch nicht vor. Deshalb wird für sie auf die Umfrageergebnisse von Infratest dimap am Wahltag für die ARD-Wahlberichterstattung zurückgegriffen. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 wurde keine repräsentative Wahlstatistik erhoben.

Zeitlich wird der gesamte Zeitraum seit 1990 beobachtet, um zu erfassen, wenn sich ein bestimmtes Verhalten wie eine Welle durch die Altersgruppen fortsetzt; oder anders ausgedrückt: ob die Partei zusammen mit ihren Wähler altert oder umgekehrt, ob also handfeste Indizien vorliegen, dass es sich um ein Generationen- oder Zwei-Generationenprojekt handeln könnte.

⁶ Horst Kahrs, Bundestagswahl 2013: Ausgewählte Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik; <http://www.horstkahrs.de/2014/03/13/bundestagswahl-2013-ausgewaehlte-ergebnisse-der-repraesentativen-wahlstatistik/>

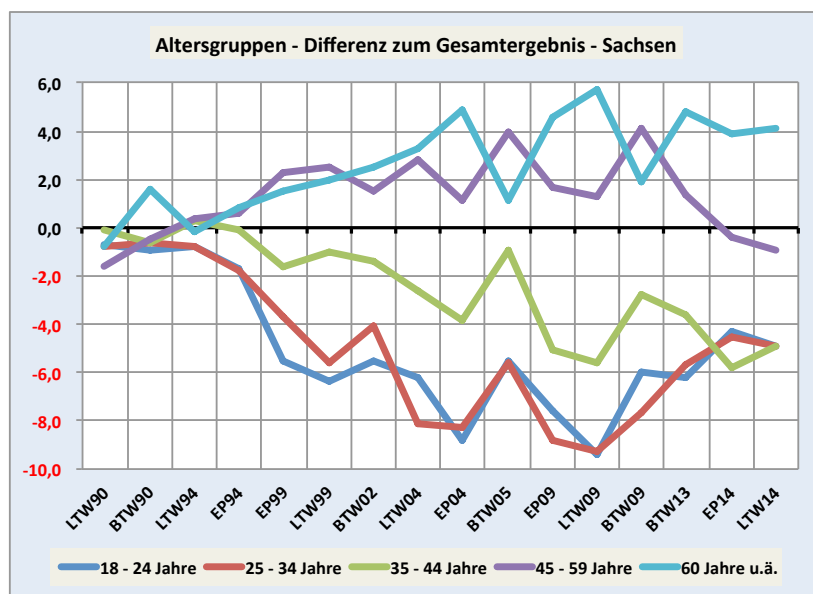
4.1. Entwicklung der Zustimmung in den Altersgruppen

Die analysierten Zahlen werden zunächst in einer tabellarischen Gesamtübersicht präsentiert. Dann wird auf die Entwicklung des Wahlverhaltens einzelner Altersgruppen und ihre Bedeutung für das Gesamtergebnis eingegangen. Anschließend werden die Veränderungen in den letzten zehn Jahren angesprochen.

Repräsentative Wahlstatistik: Die Linke - Stimmenanteile in Altersgruppe (Männer und Frauen) bei Wahlen seit 1990																
Sachsen																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	LTW04	EP04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	Infratest LTW14
18 - 24 Jahre	8,2	8,0	15,2	14,6	15,1	15,6	10,7	17,4	14,7	17,2	12,5	11,2	18,5	13,8	14,0	14
25 - 34 Jahre	8,1	8,3	15,2	14,5	16,9	16,4	12,1	15,5	15,2	17,1	11,3	11,3	16,8	14,3	13,8	14
35 - 44 Jahre	8,8	8,3	16,3	16,2	19,0	21,0	14,8	21,0	19,7	21,8	15,0	15,0	21,7	16,4	12,5	14
45 - 59 Jahre	7,3	8,4	16,4	16,9	22,9	24,5	17,7	26,4	24,6	26,7	21,8	21,9	28,6	21,4	17,9	18
60 Jahre u.ä.	8,1	10,5	15,8	17,1	22,1	24,0	18,7	26,9	28,4	23,8	24,7	26,3	26,4	24,8	22,2	23
Insgesamt	8,9	8,9	16,0	16,3	20,6	22,0	16,2	23,6	23,5	22,7	20,1	20,6	24,5	20,0	18,3	18,9
Thüringen																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	LTW04	EP04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	Infratest LTW14
18 - 24 Jahre	8,2	7,9	24,8	17,2	16,1	20,3	13,5	20,8	18,7	22,5	15,4	21,1	21,2	17,0	16,4	19
25 - 34 Jahre	9,0	7,8	18,5	17,4	18,9	23,9	13,5	19,7	17,2	22,4	14,1	18,2	21,8	17,2	16,4	20
35 - 44 Jahre	6,6	8,2	18,6	19,3	21,7	22,4	17,1	24,9	23,3	27,7	19,5	22,8	26,4	19,8	17,0	21
45 - 59 Jahre	6,1	8,6	14,7	18,3	23,2	19,3	19,4	29,3	28,6	31,4	26,3	31,2	34,3	25,6	22,3	28
60 Jahre u.ä.	5,8	9,2	13,0	14,4	19,4	19,0	17,3	27,8	26,8	23,3	27,6	31,1	29,2	28,7	26,5	34
Insgesamt	7,5	8,5	16,6	17,3	20,6	21,5	16,9	26,3	25,0	26,1	23,8	28,0	28,8	23,4	22,5	28,2
Brandenburg																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	EP04	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	Infratest LTW14
18 - 24 Jahre	13,5	12,8	15,7	21,5	22,8	23,1	12,9	23,1	24,0	22,4	18,4	23,1	20,7	15,4	14,8	15
25 - 34 Jahre	11,0	12,2	18,0	24,0	21,6	18,3	13,2	20,6	21,6	21,6	15,6	21,7	21,7	16,8	14,0	17
35 - 44 Jahre	11,1	12,4	22,6	26,1	27,0	22,3	16,4	25,4	24,6	25,0	17,7	22,2	23,9	18,1	13,9	14
45 - 59 Jahre	7,3	13,0	19,5	23,6	27,6	24,0	19,3	32,7	30,0	30,4	26,7	30,2	31,8	23,2	20,1	18
60 Jahre u.ä.	7,8	12,3	21,1	19,4	24,8	22,4	17,3	33,9	27,1	26,9	31,9	29,3	31,7	26,6	22,9	21
Insgesamt	9,0	12,6	18,7	22,6	25,5	22,4	17,2	30,2	26,6	26,5	26,0	27,0	28,5	22,4	19,7	18,6

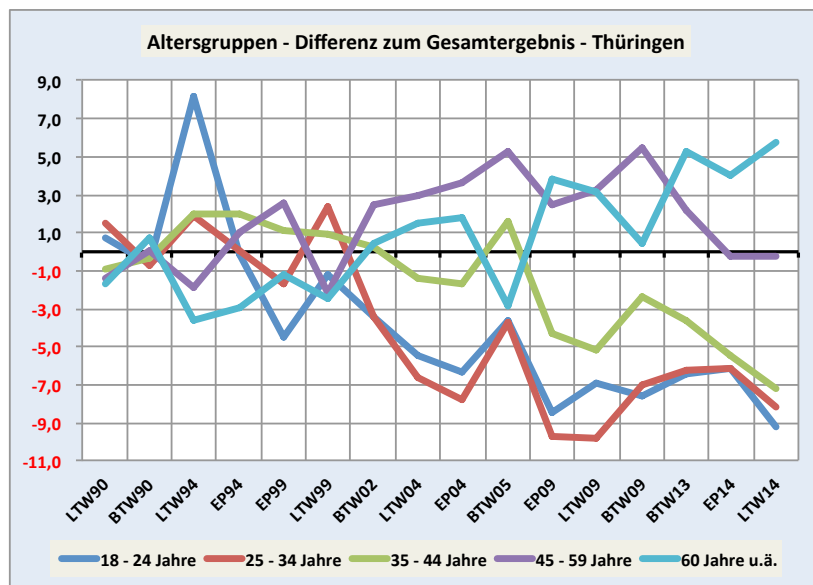
Die altersmäßigen Verschiebungen werden unmittelbar offensichtlich, wenn man die Zahlen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit denen zwanzig Jahre später vergleicht. Wähler_innen, die damals der Altersgruppen der 35-44 jährigen angehörten, zählen ab 2009 in wachsendem Maße zur Altersgruppe der über 60jährigen.

Augenscheinlich werden diese Wellen, wenn man die Differenz des Ergebnisses in den Altersgruppen zum Gesamtergebnis betrachtet. Ist die Differenz positiv, hat die Altersgruppe einen überdurchschnittlichen Einfluss auf das Wahlergebnis, ist sie negativ, zieht sie das Gesamtergebnis nach unten. Die Entwicklung für die drei Länder ist in den folgenden drei Grafiken dargestellt.



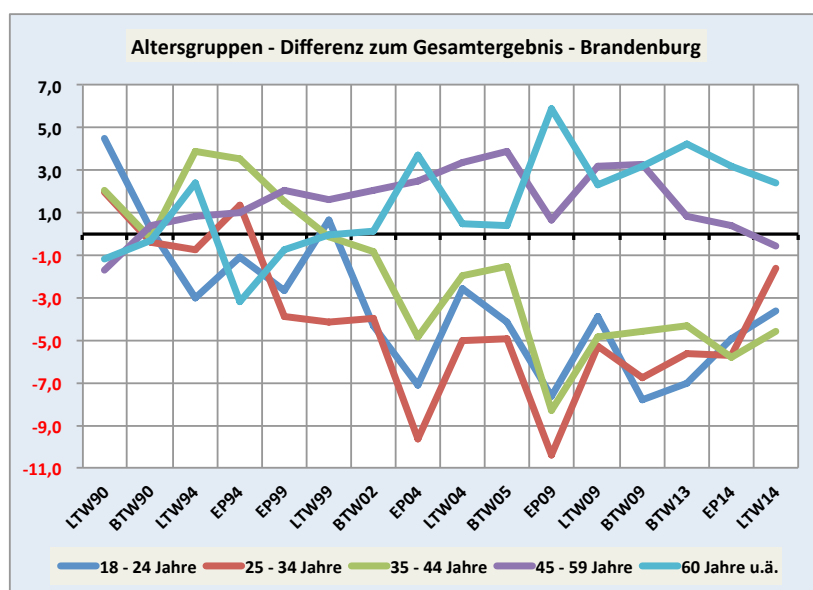
Die Kurven für Sachsen zeigen, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre das Gewicht der über 45jährigen Wähler_innen für die Linke beträchtlich zunimmt. Nach der Bundestagswahl 2009 bricht die Zustimmung der 45-59jährigen dramatisch ein und wird zuletzt unterdurchschnittlich. Dieser Einbruch kann nicht allein mit dem Übergang einer Kohorte in die nächst höhere Altersgruppe erklärt werden, dafür geschah er zu plötzlich. Auf der anderen Seite ist zu beachten, dass

beginnend mit 2009 die Ergebnisse bei den beiden jüngeren Wählergruppen nicht mehr so deutlich unter dem Gesamtergebnis liegen (was statistisch natürlich auch daran liegen kann, dass sich das Gesamtergebnis wegen Verluste bei den Älteren dem bei den jüngeren annähert).



Auch für Thüringen zeigt sich ein ähnlicher Verlauf, wobei zuletzt das Gewicht der über 60jährigen noch gestiegen ist und das der jüngeren gesunken ist.

In Brandenburg sinken die Stimmenanteile bei den beiden höheren Altersgruppe nach 2013 deutlich, offensichtlich sind hier die Stimmenverluste überwiegend zu finden, auch infolge dessen stieg das Gewicht der drei jüngeren Altersgruppen.



Für alle drei Länder zeigt sich, dass bei den Wahlen 2004/2005 die Zustimmung bei den über 60jährigen plötzlich an Bedeutung verliert. Die PDS bzw. Linkspartei.PDS wird zu diesem Zeitpunkt für Wähler_innen aus jüngeren Altersgruppen zum Anlaufpunkt. Dies ist der Schwung, der mit der Gründung der WASG und dem Zusammengehen beider Parteien verbunden war. Wie schwer diese neuen Schichten zu halten und zu mobilisieren waren, zeigte sich bei der Europawahl 2009, deren Ergebnis in den drei Ländern vor allem den Wählern über 60 zu

verdanken ist – wie schon 2004 und auch noch 2014.

All diese Bewegungen deuten daraufhin, dass der größere Teil der Stammwählerschaft mit der Partei alt geworden ist und mittlerweile nahezu vollständig das Rentenalter erreicht hat. Ähnlich starke Bindungen konnten zumindest bei den unter 45jährigen nicht aufgebaut werden, und bei den 45-59jährigen scheinen sie je nachzulassen.

Die Frage ist, ob der Blick auf die Veränderungen in den Altersgruppen ein ähnliches Bild liefert. Schaut man auch hier auf die Differenzen des Ergebnisses in den Altersgruppen zum Gesamtergebnis, so rundet sich das Bild in der tat ab (Tabelle nächste Seite). In Thüringen und Brandenburg gab es 2002 hohe Einbrüche in der Zustimmung bei den unter 45jährigen, die noch nicht bei den Landtagswahlen 2004, aber bei der Bundestagswahl 2005 wettgemacht wurden. Hier stiegen die Stimmenanteile bei den unter 45jährigen stärker als im Gesamtergebnis.

In Sachsen ist seit der Bundestagswahl 2009 eine stärker wachsende bzw. geringer sinkende Zustimmung bei den unter 35jährigen zu beobachten, was sich bei den Wahlen 2014 fortsetzt. Eine ähnliche Entwicklung deutet sich in Thüringen mit der Landtagswahl 2009 an.

Für Brandenburg tritt dies nicht so hervor. Hier sind die jüngsten Veränderungen vor allem von den Verluste bei den über 35jährigen beginnend mit der Bundestagswahl 2013 geprägt, im Unterschied zu Sachsen und Thüringen auch deutlich bei den über60jährigen.

Veränderungen in den Altersgruppen gegenüber der jeweils vorhergehenden Wahl																
Sachsen																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	LTW04	EP04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	LTW14
18 - 24 Jahre		-0,2	7,2	-0,6	0,5	0,5	-4,9	6,7	-2,7	2,5	-4,7	-1,3	7,3	-4,7	0,2	0,0
25 - 34 Jahre		0,2	6,9	-0,7	2,4	-0,5	-4,3	3,4	-0,3	1,9	-5,8	0,0	5,5	-2,5	-0,5	0,2
35 - 44 Jahre		-0,5	8,0	-0,1	2,8	2,0	-6,2	6,2	-1,3	2,1	-6,8	0,0	6,7	-5,3	-3,9	1,5
45 - 59 Jahre		1,1	8,0	0,5	6,0	1,6	-6,8	8,7	-1,8	2,1	-4,9	0,1	6,7	-7,2	-3,5	0,1
60 Jahre u.ä.		2,4	5,3	1,3	5,0	1,9	-5,3	8,2	1,5	-4,6	0,9	1,6	0,1	-1,6	-2,6	0,8
Gesamt		0,0	7,1	0,3	4,3	1,4	-5,8	7,4	-0,1	-0,8	-2,6	0,5	3,9	-4,5	-1,7	0,6
Thüringen																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	LTW04	EP04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	LTW14
18 - 24 Jahre		-0,3	16,9	-7,6	-1,1	4,2	-6,8	7,3	-2,1	3,8	-7,1	5,7	0,1	-4,2	-0,6	2,6
25 - 34 Jahre		-1,2	10,7	-1,1	1,5	5,0	-10,4	6,2	-2,5	5,2	-8,3	4,1	3,6	-4,6	-0,8	3,6
35 - 44 Jahre		1,6	10,4	0,7	2,4	0,7	-5,3	7,8	-1,6	4,4	-8,2	3,3	3,6	-6,6	-2,8	4,0
45 - 59 Jahre		2,5	6,1	3,6	4,9	-3,9	0,1	9,9	-0,7	2,8	-5,1	4,9	3,1	-8,7	-3,3	5,7
60 Jahre u.ä.		3,4	3,8	1,4	5,0	-0,4	-1,7	10,5	-1,0	-3,5	4,3	3,5	-1,9	-0,5	-2,2	7,5
Gesamt		1,0	8,1	0,7	3,3	0,9	-4,6	9,4	-1,3	1,1	-2,3	4,2	0,8	-5,4	-0,9	5,7
Brandenburg																
	LTW90	BTW90	LTW94	EP94	EP99	LTW99	BTW02	EP04	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09	BTW13	EP14	LTW14
18 - 24 Jahre		-0,7	2,9	5,8	1,3	0,3	-10,2	10,2	0,9	-1,6	-4,0	4,7	-2,4	-5,3	-0,6	0,2
25 - 34 Jahre		1,2	5,8	6,0	-2,4	-3,3	-5,1	7,4	1,0	0,0	-6,0	6,1	0,0	-4,9	-2,8	3,0
35 - 44 Jahre		1,3	10,2	3,5	0,9	-4,7	-5,9	9,0	-0,8	0,4	-7,3	4,5	1,7	-5,8	-4,2	0,1
45 - 59 Jahre		5,7	6,5	4,1	4,0	-3,6	-4,7	13,4	-2,7	0,4	-3,7	3,5	1,6	-8,6	-3,1	-2,1
60 Jahre u.ä.		4,5	8,8	-1,7	5,4	-2,4	-5,1	16,6	-6,8	-0,2	5,0	-2,6	2,4	-5,1	-3,7	-1,9
Gesamt		3,6	6,1	3,9	2,9	-3,1	-5,2	13,0	-3,6	-0,1	-0,5	1,0	1,5	-6,1	-2,7	-1,1

Im Ergebnis gilt grundsätzlich: die »Verjüngung« der Anhängerschaft 2004/2005 konnte nicht stabilisiert werden. Spätestens nach 2009 wandten sich die mittleren Jahrgänge verstärkt von der Partei ab, was sich unter anderem bei den jüngsten Wahlen in unterdurchschnittlichen Werten bei Berufstätigen ausdrückte. In allen drei Ländern, am stärksten in Sachsen, lassen sich in der Statistik Anzeichen für einen leichten Aufwärtstrend bei jüngeren Altersgruppen (18 – 24 Jahre, 25 – 34 Jahre) ausmachen.

4.2. Zusammensetzung der Wählerschaft nach Alter

Die prozentualen Anteile in den Altersgruppe allein geben keine Auskunft über die altersmäßige Zusammensetzung der Wähler_innen und über das absolute Gewicht für das Gesamtergebnis. Das wäre nur dann vollständig der Fall, wenn alle Altersgruppen gleich groß und in gleichem Maße sich an der Wahl beteiligt hätten. Dieser Aspekt wurde bereits bei der Auswertung der Wahlstatistik zur Bundestagswahl dargestellt und soll hier für die Europawahl 2014 fortgesetzt werden. Dabei zeigt

EP 2014: Wählerinnen Die Linke nach Altersgruppen			
	Sachsen	Thüringen	Brandenburg
18 - 24 Jahre	10.995	6.406	5.062
25 - 34 Jahre	28.644	17.267	12.099
35 - 44 Jahre	25.580	19.289	16.274
45 - 59 Jahre	79.463	58.639	61.216
60 - 69 Jahre	60.393	47.263	37.764
70 Jahre u.ä.	91.778	56.904	51.312
Gesamt	296.853	205.768	183.727
	Sachsen	Thüringen	Brandenburg
18 - 24 Jahre	3,7%	3,1%	2,8%
25 - 34 Jahre	9,6%	8,4%	6,6%
35 - 44 Jahre	8,6%	9,4%	8,9%
45 - 59 Jahre	26,8%	28,5%	33,3%
60 - 69 Jahre	20,3%	23,0%	20,6%
70 Jahre u.ä.	30,9%	27,7%	27,9%
Gesamt	100%	100%	100%

sich dann, dass hinter den 14%, die die Linke in Brandenburg bei den 18-24jährigen erhielt, gut 5.000 Wähler_innen stehen, hinter den 12,5% bei den 35-44jährigen aber über 16.000 (siehe nebenstehende Tabelle).

Von 100 Wähler_innen waren in Brandenburg 18, in Thüringen 21 und in Sachsen 22 unter 45 Jahre alt. In Sachsen waren 27 zwischen 45 und 59 Jahre alt, also in der zweiten Hälfte des Berufslebens, in Thüringen 29 und in Brandenburg 33. Daher waren in Brandenburg »nur« 49 von 100 Wähler_innen 60 Jahre und älter, in Thüringen und Sachsen je 51 (einschließlich der Rundungsfehler). (Der relativ hohe Anteil von Wähler der mittleren Jahrgänge erklärt ihre Bedeutung für die Verluste in Brandenburg).

Diese Zusammensetzung spiegelt nicht die Altersstruktur der Wahlberechtigten. Hier zählen in Sachsen 39 von 100 zu den über 60jährigen, 27 zu den mittleren Jahrgängen und 34 zu den unter 45jährigen. Für Thüringen lauten die Zahlen in gleicher Reihenfolge 38 – 29 – 33 und für Brandenburg 36 – 32 – 32. Die Brandenburger Altersstruktur ist stärker von den mittleren Jahrgängen geprägt, vermutlich Berufstätigen mit Familien, die sich im Berliner Umland angesiedelt haben.

Die Generationen-Schiefelage bei der Linken lässt sich am besten ausdrücken, wenn man die Stimmen je Altersgruppe ins Verhältnis zu den Wahlberechtigten dieser Altersgruppe setzt. Dabei wird auch die Wahlbeteiligung berücksichtigt und somit abgebildet, wie viel »Anklang«, positive Aufmerksamkeit usw. eine Partei überhaupt in einer Altersgruppe findet.

EP-Wahl 2014: Anteile Stimmen/Wahlberechtigte			
	Sachsen	Thüringen	Brandenburg
18 - 24 Jahre	5,6%	6,4%	4,8%
25 - 34 Jahre	5,7%	6,6%	4,5%
35 - 44 Jahre	5,7%	7,9%	5,9%
45 - 59 Jahre	8,6%	11,3%	9,3%
60 - 69 Jahre	11,9%	16,6%	12,3%
70 Jahre u.ä.	11,2%	13,8%	11,6%
Gesamt	8,7%	11,3%	8,9%

Die Tabelle zeigt das Problem: bei den unter 45jährigen ist die Verankerung bei den Wahlberechtigten teilweise weniger als halb so groß wie bei den über 60jährigen.

Die Zahlen bilden zugleich die organisationspolitische Zwickmühle ab: Aus der kurzfristigen Perspektive von Wahlkämpfen und Ressourcenallokation der Organisation hat die ältere Generation hohes Gewicht. Jeder Prozentpunkt, der hier verloren geht, bedeutet mehr

absolute Stimmen zu verlieren als in den jüngeren Jahrgängen. Umgekehrt wächst aber keine jüngere Generation nach, die irgendwann mal die Bedeutung der älteren auffangen könnte, sondern Zustimmung und Akzeptanz der Partei sind vermutlich bis zu den 50jährigen – die jüngsten Verluste bei den 45-59jährigen legen dies nahe – deutlich niedriger. Gegensteuerung ist nur langfristig, über neue Themen, neue Ansprachen und neuen Politikstil vorstellbar, womit aber die Gefahr wächst, dass die älteren Stammwähler ihre Partei nicht wieder erkennen und weg bleiben.

Wahlergebnisse von unter 20% wie zuletzt in Brandenburg und Sachsen sind, vor dem Hintergrund dieser Zahlen, keine negativen Ausrutscher, sondern heraufziehende kommende Normalität. Der Charakter einer Volkspartei, die viele soziale Schichten und Altersgruppen erreicht, kann schlechterdings noch lange behauptet werden.

4.3. »Generationenfrage« und Arbeitswelt

Der Rückgang der Stimmenanteile bei den Jahrgängen im berufstätigen Alter ist in der Tat (auch) ein Rückgang an Zustimmung unter den Berufstätigen. Bei den jüngsten Landtagswahlen wurden wie bereits bei den vorhergehenden bei den Berufstätigen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt: In Sachsen 14,6% (-1,9%), in Thüringen 23,7% (-0,9%), Brandenburg 16,3 (-9,1%) (Zahlen nach Forschungsgruppe Wahlen, Wahlberichterstattung für das ZDF). In der Tendenz waren die Verluste unter den Berufstätigen damit stärker als beim Gesamtergebnis bzw. gegenläufig (Thüringen). Etwas anders sieht es bei Wähler_innen in Ausbildung aus: Hier gelang in Sachsen mit 20,3% ein Sprung um +7,6% auf ein überdurchschnittliches Ergebnis, in Thüringen (22,6%) und Brandenburg (13,1% - 8,7%) waren die Stimmenanteile niedriger als bei den Berufstätigen. Überdurchschnittlich gewählt wurde die Linke von Rentnern und Arbeitslosen. Gerade in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit – seit den Vorwahlen halbiert - bedeuten 30% Stimmenanteile unter Arbeitslosen deutlich weniger absolute Stimmen, so dass die Schwäche unter Berufstätigen an Bedeutung für das Gesamtergebnis gewinnt.

Blickt man auf die vergangenen vier Landtagswahlen in den drei Ländern, so zeigt sich 2004 eine stabile bzw. steigende Zustimmung unter Arbeitern und Angestellten, eine von einem hohen Niveau abnehmende unter Beamten mit Ausnahme Thüringens und sinkende Quoten bei Selbstständigen, was mit dem Aufstieg neuer Formen der Selbstständigkeit in Zusammenhang stehen kann. 2009 beginnt in Sachsen bereits der Abstieg unter Angestellten, derjenige bei Beamten setzt sich fort. In Thüringen wiederum konnte die Linke bei ihrem ersten Anlauf auf Staatskanzlei bei Arbeitern nochmals zulegen und erstmals auch bei Beamten. Letzteres setzte sich 2014 fort. Unter Beamten konnte 2009

auch die Brandenburger Linke hinzugewinnen, blieb jedoch deutlich unter dem Gesamtergebnis.

Sozialer Status	Land	1999	2004	2009	2014
Arbeiter	SN	19%	18%	18%	17%
	TH	21%	26%	30%	27%
	BB	19%	30%	29%	19%
Angestellte	SN	24%	23%	18%	13%
	TH	23%	25%	25%	24%
	BB	25%	24%	24%	17%
Beamte	SN	23%	17%	10%	7%
	TH	13%	12%	19%	21%
	BB	29%	16%	20%	11%
Selbstständige	SN	16%	11%	11%	12%
	TH	16%	13%	15%	15%
	BB	18%	18%	17%	5%

Quelle: Infratest dimap, ARD-Wahlberichterstattung.

2014 nun zeigt sich eine hohe Stabilität der Werte in den Berufstätigen-Gruppen für die Wahl in Thüringen. In Sachsen setzen sich die Verluste bei Angestellten und Beamten fort, und zwar deutlicher als im Gesamtergebnis, die Brandenburger Linke verliert (leicht) überdurchschnittlich bei Arbeitern, Beamten und Selbstständigen. Während sich beim Wahlverhalten der Beamten noch darüber spekulieren lässt, inwieweit hierbei auch die Wahrscheinlichkeit eine Regierungsbildung durch oder mit einer Partei eine Rolle spielt, wodurch dann gegenläufige Entwicklung erklärt werden könnten, zeigt sich in Sachsen und Brandenburg ein starker Zusammenhang

der unterdurchschnittlichen Zustimmung in den jüngeren und mittleren Altersgruppen und der Zustimmung bei Arbeitern und Angestellten. In Thüringen deutet er sich durch den Prozente-Rückgang entgegen dem leichten Zuwachs im Gesamtergebnis lediglich an.

Es sind also zwei Tendenzen festzuhalten: eine abnehmende Verbindung zu den jüngeren Altersgruppen, ihrer Lebenswelt, ihrem Alltagsbewusstsein und ihrer Sicht auf die soziale Verhältnisse wächst sich mit zunehmenden Alter in die mittleren Altersgruppe hinein und hat mittlerweile die über 45jährigen erreicht. Diese abnehmende Verbindung ist zugleich eine abnehmende Verbindung zur Berufswelt der jüngeren und mittleren Jahrgänge.

4.4. Blockaden

Die Schwäche der Linke bei den Jüngeren ist keine Stärke von Sozialdemokraten oder Grünen, also den beiden anderen Parteien links von der Union, die zusammen mit der Linken den Pol der sozialen Gerechtigkeit, der sozialstaatlichen Umverteilung und ökologischen Nachhaltigkeit besetzen. Im Wettbewerb mit diesen beiden Parteien um Stimmen wird sich damit auch der Schwäche der Linken

	2002	2005	2009	2013
Sachsen	54,1	52,0	45,8	39,5
Thüringen	61,1	60,7	52,4	44,4
Brandenburg	68,1	66,8	59,7	50,2

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik, eigene Berechnung

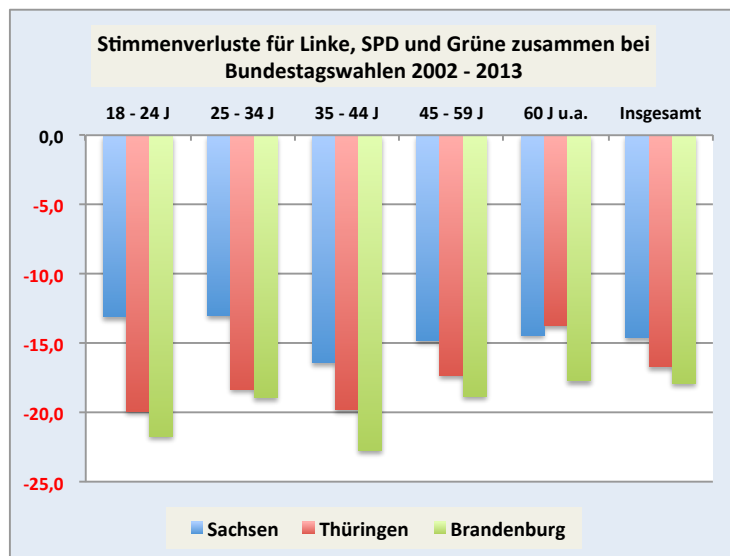
nicht begegnen lassen. Hierauf wurde bereits mit Zahlen aus der repräsentativen Wahlstatistik der Bundestagswahl 2013 hingewiesen. Zu Bundestagswahlen findet die stärkste Wählermobilisierung statt, so dass ihre Ergebnisse am ehesten ein Potential für ein politisches »Lager« oder »Projekt« oder auch nur für den Rückhalt einer

Machkonstellation widerspiegeln. Da für 1994 und 1998 keine repräsentative Wahlstatistik erhoben wurde, kann der Blick auf die rechnerische gemeinsame Stärke der drei Parteien links der Union erst mit der Wahl 2002 beginnen.

Die Bundestagswahl 2002 brachte den drei Parteien zusammen in den drei Ländern die höchsten Stimmenanteile, deutlich über 50%. Noch 2005 zeigten sich kaum Veränderungen, aber bereits 2009 wurde deutlich, dass insgesamt eine deutliche Schwächung eines potentiellen Rot-Rot-Grünen Bündnis-

	Sachsen		Thüringen		Brandenburg	
	2002	2013	2002	2013	2002	2013
18 - 24 J	51,6	38,5	59,5	39,6	65,9	44,2
25 - 34 J	49,2	36,2	55,5	37,2	61,3	42,4
35 - 44 J	51,2	34,8	58,5	38,7	65,1	42,4
45 - 59 J	54,2	39,4	62,1	44,8	68,6	49,8
60 J u.a.	58,1	43,7	64,5	50,8	72,9	55,2
Insgesamt	54,1	39,5	61,1	44,4	68,1	50,2

ses eintrat, die sich mit der Wahl 2013 manifestierte. Nur in Brandenburg blieb eine hauchdünne Stimmenmehrheit. Für die Altersgruppen stellt sich diese Entwicklung noch dramatischer dar. Es zeigt sich, dass mittlerweile bei den unter 45jährigen in allen drei Ländern Mehrheiten fern, ja eher unwahrscheinlich sind.



In der Bilanz der Jahre 2002 bis 2013 schnurrte die gesellschaftliche Basis für eine »linke Mehrheit« in den drei Ländern auf die über 50jährigen zusammen, während es bei den Jüngeren überdurchschnittlich an Attraktivität verlor. Die Grünen waren mit ihrer vergleichsweise jungen Anhängerschaft nicht in der Lage, die Verluste von Linken und SPD in diesen Altersgruppen zu kompensieren.

Der Weg zurück zu einer »linken Mehrheit« ist, wenn denn die These stimmt, dass es so etwas wie politische Generationen und politisches Generationenverhalten gibt⁷, wofür

vieles spricht, mehrfach verbaut. Er führt unweigerlich über die heute unter 45jährigen, die im weitesten Sinne zur berufstätigen Mitte der Gesellschaft zählen.

Die unter 45jährigen wahlberechtigten Männer und Frauen zeichnen sich hinsichtlich ihres Wahlverhaltens bzw. ihrer dadurch ausgedrückten Einstellungen aus durch

- (1) einen überdurchschnittlichen Anteil von Wählern, die erst für die parlamentarische Demokratie (als Verfahren politischer Partizipation) gewonnen werden müssen;
- (2) einen hohen Anteil von Wähler_innen kleiner Ein-Themen-Parteien, die also ein spezielles politisches Interesse ausdrücken;
- (3) durch einen hohen Anteil von Wählern rechter, rechtspopulistischer und nationalliberaler Parteien und Positionen, die zugleich die außerparlamentarische, gesellschaftliche Stimmungslage prägen und das Potential zu einer »APO von rechts« haben.

Bei der letzten Bundestagswahl wählten in den drei Ländern teilweise über 30% der unter 35jährigen außerparlamentarische Parteien (einschließlich der FDP), mehrheitlich AfD und NPD. (Auf diesen Aspekt wird in einem weiteren Analyse-Papier eingegangen, hier sei nochmals auf die Auswertung der Bundestagswahl 2013 verwiesen.)

7

Carmen Schmidt/Jan Knipperts: Politische Generationen, demographischer Wandel und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland – Schicksalsjahre des deutschen Parteiensystems; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2013, S. 872-891.